

Wahlprogramm Die Linke Marzahn-Hellersdorf zur Wahl für die Bezirksverordnetenversammlung 2026

Schwerpunkte

Präambel Gemeinsam für einen solidarischen und lebenswerten Bezirk Marzahn-Hellersdorf arbeiten	S. 02
Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf	S. 03
Marzahn-Hellersdorf für alle bezahlbar machen	S. 07
Familien unterstützen	S. 12
Demokratie verteidigen	S. 15
Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit	S. 17
Marzahn-Hellersdorf – Bezirk des Friedens, der Erinnerung und Mahnung	S. 18
Bildung und Ausbildung	S. 19
Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus	S. 24
Integration und Migration	S. 29
Inklusion leben und UN-Behindertenrechtskonvention einhalten	S. 31
Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren	S. 31
Selbstbestimmt im Alter	S. 33
Umwelt- und Klimaschutz - Bewahrung der Grünen Lunge	S. 36
Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln	S. 39
Kultur ist Lebensmittel	S. 41
Sportangebote stärken	S. 42

Präambel

Gemeinsam für einen solidarischen und lebenswerten Bezirk Marzahn-Hellersdorf arbeiten

Als sozialistische Partei stehen wir als Linke in Marzahn-Hellersdorf für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.

Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und in der Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Die ungebändigte Freiheit der großen Konzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen.

Wir gehen aus von den Traditionen der Demokratie und des Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus und Militarismus. Anstelle von Aufrüstung und zunehmender Militarisierung der Gesellschaft setzen wir uns für Friedenstüchtigkeit ein.

Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. Öffentliche Daseinsvorsorge wie Wohnen, Gesundheit und die Versorgung mit Energie, Wärme und Wasser darf nicht den Profitinteressen untergeordnet werden, sondern muss allen Menschen zur Verfügung stehen.

Daher ist unser Ziel auch vor Ort in Marzahn-Hellersdorf ein sozialer Bezirk, der allen Menschen zugutekommt und an dem alle teilhaben und mitwirken können. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen, von Kindern und Familien, von Menschen mit und ohne Behinderung, von Menschen mit unterschiedlichen Einkommenslagen, von Frauen, Männern und queeren Menschen, von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, von Kulturschaffenden, Gewerbetreibenden und Beschäftigten, von Mieterinnen und Mietern, von Bewohnenden der Großsiedlung ebenso wie im Siedlungsgebiet sowie von Alteingesessenen und neu Zugezogenen sollen gleichermaßen berücksichtigt und mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit in Einklang gebracht werden.

Bezahlbares Wohnen für Menschen in unserem Bezirk ist für uns eine Kernaufgabe im politischen Handeln. Wir setzen – solange die Bundesregierung untätig bleibt – alle uns auf kommunaler Ebene zur Verfügung stehenden politischen Hebel in Bewegung, um Wohnen in Berlin und in Marzahn-Hellersdorf bezahlbar zu machen. Weiterhin unterstützen wir die Forderung nach einem Mietendeckel und setzen uns für die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer privater Immobilienkonzerne ein. Doch gerade in Marzahn-Hellersdorf haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass Wohnungsbau keine Mieten senkt und ohne gleichzeitigen Ausbau der sozialen Infrastruktur zu erheblichen Belastungen führt. Neue Wohnungen allein lösen keine Probleme, wenn Kitas, Schulen, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote und Verkehrsstrukturen nicht im gleichen Maße mitwachsen. Zu oft mussten Bewohnerinnen und Bewohner erleben,

dass Grünflächen ebenso verschwanden wie Arztpraxen, Schulen überlastet waren und Wege zu Versorgungseinrichtungen länger wurden. Gleichzeitig schließen immer mehr Sparkassen und Postfilialen, bürgernahe Dienstleistungen sind auf dem Rückzug.

Kiezgestaltung in Marzahn-Hellersdorf muss endlich wieder näher an den Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Viel zu lange wurden Bauprojekte von Investoren automatisch als Fortschritt für den Bezirk verkauft, ohne genau hinzuschauen, was sie den Anwohnerinnen und Anwohnern tatsächlich bringen. Wenn Menschen vor Ort Kritik geäußert haben, wurde das oft schnell als „Nicht-bei-uns-Mentalität“ abgetan – nicht selten von Personen, die selbst nie hier gelebt haben oder unseren Bezirk kaum kennen.

Wir sagen klar: Entwicklung gelingt nur mit den Menschen, nicht über ihre Köpfe hinweg. Für Marzahn-Hellersdorf braucht es endlich eine klare Richtung: Wohin soll sich der Bezirk entwickeln – und was brauchen die Menschen vor Ort wirklich?

Zu oft wurden in den letzten Jahren einfach immer neue Wohnungen gebaut, ohne dass Grünflächen, Schulen, Kitas, Verkehr oder Versorgung Schritt gehalten haben. Informationen kamen spät, Mitbestimmung kaum – und am Ende hieß es oft: „Man kann nichts machen.“

Wir wollen das ändern! Unser Bezirk wurde einmal klug geplant: mit viel Grün, guter Infrastruktur und kurzen Wegen. Diese Balance wollen wir sichern und weiterentwickeln, statt sie durch planloses Bauen zu gefährden. Deshalb setzen wir auf eine Stadtgestaltung, die vorausdenkt – mit genügend Kita-Plätzen und Schulen, sicheren Wegen, guter medizinischer Versorgung, lebendigen Nachbarschaften und geschützten Grünflächen. Bauprojekte sollen nur dann entstehen, wenn sie auch der Allgemeinheit nutzen, und Investoren müssen sich stärker an der nötigen Infrastruktur beteiligen.

Vor allem aber gilt: Die Menschen im Bezirk sollen von Anfang an mitreden können. Denn sie wissen am besten, was ihren Kiez lebenswert macht. Unser Ziel ist klar: Marzahn-Hellersdorf soll noch grüner, lebenswerter und gerechter werden – für alle, die hier leben.

Wir formulieren selbstbewusst eine Agenda dafür, wie wir in unserem Bezirk künftig leben wollen. Mit diesem Wahlprogramm für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) machen wir konkrete Vorschläge und werden sie gemeinsam mit den Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfern weiterentwickeln. Wir lassen uns nicht länger von einem abgehobenen Senat und einem zögerlichen Bezirksamt erklären, was angeblich gut für unseren Bezirk sei. Wir haben den Menschen in Marzahn-Hellersdorf genau zugehört. In diesem Geist ist dieses Wahlprogramm geschrieben.

Stadtentwicklungspolitik für die Menschen in Marzahn-Hellersdorf

Wir sagen klar: Stadtentwicklung funktioniert nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Unser Ziel ist eine Stadtentwicklung, die allen Menschen zugutekommt und an der alle beteiligt werden. Die Beteiligung der Öffentlichkeit muss frühzeitig beginnen und ernsthaft stattfinden, damit Planungen gemeinsam mit den Menschen im Bezirk entwickelt werden können. Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der Anwohnerinnen und Anwohner hinweg erfolgen.

Wir nehmen die Kritik von den Menschen in Marzahn-Hellersdorf an Nachverdichtungs-vorhaben sehr ernst. Die Stadtentwicklung muss in Marzahn-Hellersdorf vom Kopf auf die Füße gestellt werden und den Nachweis erbringen, dass sie auch einen Mehrwert für die Menschen vor Ort hat. Das bedeutet insbesondere, dass das Bezirksamt und der Senat einen Plan dafür haben müssen, wohin sich Marzahn-Hellersdorf entwickeln soll. Es braucht eine stadtentwicklungspolitische Idee und einen Plan, wohin sich Marzahn-Hellersdorf entwickeln und welche städtebaulichen Ziele dabei verfolgt werden sollen.

Für uns ist klar: Unser Bezirk ist kein Zufallsprodukt, sondern geplant entstanden. Die Großsiedlung folgt einer städtebaulichen Logik: Wohnen, Grünflächen, soziale Infrastruktur, Nahversorgung und gute Anbindung gehören zusammen. Diese Balance darf nicht durch beliebige Bebauung zerstört werden. Daher ist es ein politischer Fehler zu glauben, das Berliner Wohnungsproblem lasse sich durch immer weitere Nachverdichtung im Osten Berlins und insbesondere in Marzahn-Hellersdorf lösen.

Wir setzen uns für eine Stadtentwicklung ein, die Wohnen, soziale Infrastruktur, Mobilität, Arbeit, Wirtschaft und Freizeit gemeinsam denkt und plant. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren und Feuerwehren müssen nicht nur erhalten, sondern bedarfsgerecht ausgebaut werden. Private Bauherren müssen durch städtebauliche Verträge stärker an den Kosten für die notwendige soziale Infrastruktur beteiligt werden.

Um diese Entwicklung zu ermöglichen, brauchen wir eine aktive Bodenpolitik. Öffentliche Flächen müssen gesichert oder zurückgekauft werden, damit auch künftig Schulen, Kitas, Wohnungen und soziale Einrichtungen entstehen können. Wälder, Seen, Plätze und wichtige öffentliche Räume gehören in die Hand der Allgemeinheit.

Wir brauchen auch einen anderen Umgang mit Leerstand. Statt Abriss und Neubau, sollten leerstehende ehemalige Einkaufs-Center sinnvoll und bedarfsgerecht nachgenutzt werden.

Planung und Bau von Wohnraum und dazugehöriger Infrastruktur wollen wir beschleunigen, indem wir den Personalmangel im Bezirk beseitigen, Prozesse digitalisieren und einen Schwerpunkt auf frühzeitige und ernstgemeinte Beteiligung der Stadtgesellschaft legen. Auf diesem Weg sollen auch jahrelange Streitigkeiten oder Klagen verhindert werden. Der Bezirk muss viel mehr davon Gebrauch machen Bauungspläne einzuleiten, die ökologische Ziele sichern, bestehende Grünflächen schützen und neue schaffen.

Den „Bauturbo“ des Bundes, das „Schneller-Bauen“-Gesetz des Senats und die ständige Anwendung des § 34 des Baugesetzbuches (BauGB) durch das Bezirksamt sehen wir sehr kritisch. „Bauturbo“ und „Schneller-Bauen“-Gesetz schleifen Vorgaben über Bezahlbarkeit und Klimagerechtigkeit, gefährden die Versorgung mit sozialer Infrastruktur und entmachten die Bürger*innen und Parlamente vor Ort.

Wir wollen Marzahn-Hellersdorf zu einem der grünsten und lebenswertesten Bezirke Berlins weiterentwickeln – mit hoher Wohnqualität, wohnortnaher Infrastruktur, sicheren Wegen, ausreichend Kita- und Schulplätzen, guter medizinischer Versorgung und attraktiven Einkaufsmöglichkeiten. Grünflächen und Erholungsräume sollen nicht nur geschützt, sondern erweitert werden. Dazu gehören auch neue Angebote für Sport und Freizeit, darunter ein modernes Kombibad für den Bezirk.

Stadtentwicklung mit Augenmaß in Marzahn-Hellersdorf!

Marzahn-Hellersdorf hat in den vergangenen Jahren einen großen Anteil am Neubau von Wohnungen getragen. Es wird immer offenkundiger, dass die soziale Infrastruktur unseres Bezirks nicht Schritt hält mit dem Wohnungsneubau. Das soziale Infrastrukturkonzept des Bezirks muss dringend und prioritär überarbeitet und zu einem wirkungsvollen und tatsächlich handlungsleitenden Stadtplanungsinstrument weiterentwickelt werden.

Wir treten dafür ein, alle noch nicht realisierten Nachverdichtungsvorhaben zur Bebauung von Freiflächen innerhalb bestehender Quartiere auf den Prüfstand zu stellen und fordern, für künftige Nachverdichtungen städtebauliche Kriterien festzulegen. Ziel ist es, die Anwohner*innen besser zu beteiligen und die Projekte städtebaulich zu qualifizieren. Wo dies noch nicht erfolgt ist, wird das Verfahren nachgeholt und das Projekt so lange ausgesetzt (Moratorium). Wir fordern als neue Maxime: Stadtentwicklung mit und nicht gegen die Menschen. Diesen Grundsätzen folgend, fordern wir echte Mitsprache und eine Änderung der Pläne bei verschiedenen Neubauvorhaben im Bezirk.

Dazu gehören:

Helene-Weigel-Platz

Auf beiden Seiten des Helene-Weigel-Platzes sollen nach Investorenplänen neue Hochhäuser in den Himmel wachsen: sowohl auf der Ostseite (ehemaliges Kino Sojus) als auch auf der Westseite (Nahversorgungszentrum). Wir treten für eine städtebauliche Erhaltungsverordnung für den Helene-Weigel-Platz ein und unterstützen die Forderung der Bürgerinitiative vom Helene-Weigel-Platz nach echter Beteiligung der Anwohnerschaft am weiteren Bebauungsplanverfahren. Das betrifft insbesondere Verbesserungen bei Nahversorgung, medizinischer Versorgung, Bürgerdiensten, Kita- und Schulplätzen, Parkplätzen, Klimaschutzstandards und einen Verzicht auf Nachverdichtung. Wir lehnen Pläne für eine weitere Privatisierung landeseigener Grundstücke auf dem östlichen Teil des Helene-Weigel-Platzes ab.

Kleeblattpassage

Die Gebäude der Kleeblattpassage an der Hohensaatener Straße sollen nach Plänen des Investors abgerissen werden. An ihre Stelle sollen neue Wohngebäude treten, die zum Teil deutlich höher als die Gebäude in der unmittelbaren Umgebung werden sollen. Zusätzliche Schul- und Kindergartenplätze sind nicht eingeplant. Wir unterstützen die Forderung der lokalen Bürgerinitiative die Höhe der geplanten Neubauten zu begrenzen, da die jetzt geplante massive Verdichtung in diesem Wohngebiet städtebaulich nicht verträglich ist.

Tal-Center

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag will das Tal-Center abreißen und dort hunderte neue Wohnungen bauen. Schon jetzt ist die Infrastruktur im Kiez überlastet. Mit dem Bebauungsplan ließe sich nicht nur die Geschosshöhe eines Neubaus am Center-Standort begrenzen. Damit ließe sich auch die soziale Infrastruktur erhalten und sie kann dem Bevölkerungswachstum angepasst werden. Weiterer Wohnungsbau im Kiez sollte erst nach einer breiten Bevölkerungsmitsprache unter Moderation des Bürgerrates sozial verträglich geplant und umgesetzt werden.

Allee der Kosmonauten 155

Wir unterstützen auch die Bürgerinitiative an der Allee der Kosmonauten 155 mit ihrer Forderung nach Erstellung eines Bebauungsplanes, um die Infrastruktur vor Ort langfristig zu erhalten und gegen Investoreninteressen abzusichern.

Bowlingbahn Feldberger Ring

Wir setzen uns ebenso für den Erhalt der Bowlingbahn am Feldberger Ring ein, die für Luxuswohnungen abgerissen werden soll. Wir fordern das Bezirksamt auf zu prüfen, ob für die Bowlingbahn am Feldberger Ring in Hellersdorf Denkmalschutz geltend gemacht werden kann, da es sich vermutlich um das letzte erhaltene Exemplar einer sogenannten ESK-Kaufhalle in Hellersdorf handelt, wie sie zu DDR-Zeiten nach standardisierter Typenbauweise errichtet wurden. Wir fordern einen Bebauungsplan mit umfassender Bürgerbeteiligung. Wohnungsneubau und Erhalt der Bowlingbahn sind unser Ziel.

Cecilienplatz

Wir werden bau- und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen die privaten Eigentümer am Cecilienplatz, die den Platz seit Jahren verkommen lassen, einleiten und sie dazu verpflichtet zu bauen. Die Situation am Cecilienplatz ist für die Anwohnerschaft unerträglich geworden. Sollten diese Maßnahmen nicht greifen, muss die Vergesellschaftung der Grundstücke und die Entwicklung des Cecilienplatzes durch das Land Berlin mit einem landeseigenen Wohnungsunternehmen auf die Tagesordnung.

Wohnen ist ein soziales Grundrecht

Die Linke in Berlin tritt dafür an, dass die Mieten bezahlbar bleiben, dass mehr bezahlbare Wohnungen neu gebaut werden, dass die Wohnungsbestände und Großwohnsiedlungen sozial und ökologisch ertüchtigt werden und mehr Geld in die soziale und kulturelle Infrastruktur vor Ort investiert wird.

Im Bezirk muss bezahlbarer Wohnraum erhalten bleiben und neuer entstehen. Darüber hinaus muss die soziale Wohnraumversorgung aktiv im Bezirk gesichert werden. Wir fordern die verbindliche Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus durch das Land Berlin sowie den verstärkten Erwerb von Grundstücken durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, um steigenden Mieten und Gentrifizierung entgegenzuwirken.

Dort, wo es sinnvoll und möglich ist, sollen Wohn- und Geschäftshäuser mit weiteren Etagen aufgestockt werden, um weniger Fläche zuzubauen.

Die Linke sieht in den Wohnungsgenossenschaften des Bezirkes wichtige Partner für einen stabilen Wohnungsmarkt und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Form von genossenschaftlichem Eigentum. Sie sind wichtige Pfeiler der sozialen Wohnraumversorgung und wirken mietpreisdämpfend. Wir setzen uns dafür ein, den Zugang zu landeseigenen Grundstücken zu verbessern und Flächen an Genossenschaften per Erbpacht zu Bedingungen zu vergeben, die sich am Ertrag ausrichten, der sich mit preisgünstigen bzw. preisgebundenen Wohnungen erzielen lässt.

Schutz von Mieterinnen und Mietern

Wohnungsneubau allein löst das Problem steigender Mieten jedoch nicht. Weiterhin braucht es einen Mietendeckel bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen und gesetzliche Maßnahmen auf Landesebene zur Sicherung von mietpreisgebundenen Wohnungen. Dazu hat Die Linke Berlin das Sicher-Wohnen-Gesetz entwickelt. Für uns hat eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung der kommunalen Wohnungsbestände Vorrang vor Profitorientierung.

Ein Mietendeckel für die Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) hat das politische Ziel, einen einjährigen Mietestopp durchzusetzen und gesetzlich festzulegen, dass Mieterhöhungen auf maximal 1 Prozent jährlich begrenzt werden. Die LWU sollen in den Großwohnsiedlungen vor Ort mehr in das Wohnumfeld investieren und Aufenthalts-, Spiel- und Grünflächen aufwerten.

Die Mietpreisbremse muss in Marzahn-Hellersdorf konsequent durchgesetzt werden. Der Bezirk muss im Amt für Soziales ausreichend Personal für die Bearbeitung von Anträgen und für die Beratung im Bereich Wohnungslosenhilfe bereitstellen. Es ist unabdingbar, dass die Mitarbeiter*innen in den Ämtern die notwendige Unterstützung erhalten, um den Antrags- und Beratungsbedarf effizient abzuarbeiten. Wir verdrängen nicht, sondern unterstützen Menschen in Not! Wir treten dafür ein, dass die kostenlosen Mieterberatungen ausgeweitet werden und festes Angebot in jedem Stadtteilzentrum bleiben.

Bisher kann Anzeigen wegen überhöhter Mieten im Bezirk aufgrund des Personalmangels im Wohnungsamt noch nicht nachgegangen werden. Wir fordern, das Wohnungsamt schwerpunktmäßig bei der strikten Verfolgung von Anzeigen überhöhter Mieten sowie der Verbesserung von Beratungsangeboten zu stärken.

Dem Wohnungsamt und dem Rechtsamt müssen mehr Personal und eine bessere technische Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Es ist eine Taskforce Mietüberhöhung/Mietenkriminalität einzurichten, die im Bezirk prüft, ob die entsprechenden Mietspiegelvorgaben eingehalten werden. Für Empfängerinnen und Empfänger von

Sozialleistungen setzen wir uns dafür ein, dass Zuschüsse zu Beiträgen für Mietervereine erfolgen können, um dadurch auch Rechtsschutz zu gewährleisten.

Keine Zwangsräumungen und Stromsperrn

Mietschuldner*innen müssen effektiv vor Zwangsräumungen geschützt und Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir setzen uns für Beratungs- und Unterstützungsangebote bei allen Großvermietern, inklusive der Landeseigenen Wohnungsunternehmen, ein. Dazu gehört auch eine Website mit allen Unterstützungsangeboten für Mieterinnen und Mieter im Bezirk sowie eine flächendeckende Sozialberatung für Anträge (WBS, Wohngeld, Bürgergeld, etc.). Wir setzen uns dafür ein, dass es zusätzliche Unterstützung bei Umzügen innerhalb der Landeseigenen Wohnungsunternehmen gibt, um doppelte Mietzahlungen und höhere Mieten bei „Verkleinerung“ zu vermeiden.

Marzahn-Hellersdorf ist der Bezirk mit den meisten Stromsperrn. Die Versorgung mit Energie gehört zum Grundbedarf für ein menschenwürdiges Leben, ohne Strom kein Licht, kein warmes Essen, keine Kommunikation, oft keine Heizung. Der Großteil der Sperrn trifft Menschen, die in der Grundversorgung sind. Angesichts der hohen Strom- und Gaspreise braucht es engagierte Maßnahmen gegen Verschuldung, Energiearmut und Energiesperrn. Daher sollten in der Grundsicherung die Energiekosten in der tatsächlichen Höhe übernommen und dynamisiert werden. Strom- und Gassperrn müssen verboten werden. Zwangsräumungen sollten ausgesetzt werden. Das Mindeste wären die Einführung einer Genehmigungspflicht und behördliche Prüfung. Nur so kann sichergestellt werden, dass besonders schutzbedürftigen Haushalten mit Kindern, Schwangeren und auf die Stromversorgung angewiesenen Kranken nicht die nötige Energie abgestellt wird und Sozialbehörden und Jugendämter rechtzeitig aktiv werden.

Auch gestaffelte Strompreise mit einem preisgünstigen Grundkontingent können dazu beitragen, Energiearmut künftig zu reduzieren und Sperrn zu vermeiden. Statt bei der Verbraucherzentrale zu sparen, muss gerade in Marzahn-Hellersdorf die Energiespar- und Energieschuldenberatung ausgebaut und abgesichert werden.

Marzahn-Hellersdorf für alle bezahlbar machen

Die Bekämpfung von Ausgrenzung, Einsamkeit und Armut ist der Schlüssel für sozialen Zusammenhalt und für die Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen das Gefühl haben nicht dazuzugehören, verliert ihr Fundament. Während die Zahl der Millionäre und Milliardäre in Deutschland und auch in Berlin immer weiter zunimmt, wächst gleichzeitig die Zahl der Menschen, die sich aufgrund ihres Einkommens nicht oder nicht mehr als vollwertige Mitglieder dieser Gesellschaft sehen und die sich nicht beachtet, gehört und gesehen fühlen. Das nehmen wir nicht länger hin.

Wesentliche Faktoren der Armutsbekämpfung werden auf der Bundesebene bestimmt. Dazu gehören die Höhe des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, die Höhe der Grundsicherung und der Renten. Doch anstatt diesen politischen Hebel wirksam zu nutzen, um die Armut zu verringern, werden Menschen mit geringen Einkommen zunehmend gegeneinander ausgespielt. Auf Berliner Ebene wird Die Linke alle Möglichkeiten nutzen, der falschen Politik der Bundesregierung eine Politik der Solidarität, der Wertschätzung, der Anerkennung und materiellen Armutsbekämpfung entgegenzustellen.

Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Bürgergeld/Grundsicherung, Beratung und Hilfe statt Sanktionen

Die "Neue Grundsicherung" der Bundesregierung ist der härteste Angriff auf den Sozialstaat seit der Agenda 2010. Wir fordern ein Ende der Sanktionen und eine armutsfeste Grundsicherung, die Menschen stärkt und nicht bestraft.

Was als Bürgergeld-Reform verkauft wird, ist in Wahrheit ein sozialer Kahlschlag und bedeutet im Klartext: härtere Sanktionen, strengere Kontrollen und verpflichtende Arbeitsaufnahme für alle, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die Verschärfung der Sanktionen und die Maßgabe, zuerst in Arbeit, statt in Qualifizierung zu vermitteln, sind nicht hilfreich und dienen nur dazu, den Druck auf die Arbeitssuchenden zu erhöhen und Billiglohnjobs anzunehmen.

Wir brauchen Investitionen in langfristige Arbeitsvermittlung, Kinderbetreuung und soziale Teilhabe, nicht eine weitere Verschärfung von Sanktionen, die Armut nur verschärft.

Als Linke setzen wir uns für ein Ende der Sanktionen sowie eine armutsfeste Grundsicherung ein, die Menschen stärkt, qualifiziert und echte Perspektiven schafft, anstatt sie mit Sanktionen in die Armut zu treiben. Auf der Bundesebene setzen wir uns daher für eine sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung von derzeit rund 1.400 Euro inklusive der Wohnkosten ein, in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr. Der Regelsatz muss mindestens 813 Euro betragen, denn die aktuellen Sätze sind kleingerechnet.

Wir wollen in Berlin unsere landesrechtlichen Spielräume nutzen, um die vielfältigen Probleme von erwerbslosen Menschen sowie anderen von Grundsicherungsleistungen abhängigen Menschen, wie etwa Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete oder ältere Personen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder AsylbLG beziehen, weiter in den Blickpunkt zu rücken und Unterstützung anzubieten. Dazu gehören Ombudsstellen sowie Clearingstellen nach §16a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGBII). Die Clearingstellen sind ein Erfolgsmodell. Als Hilfelots*innen, angedockt ans Jobcenter und doch unabhängig davon, nehmen sie den ganzen Menschen in den Blick. Sie vermitteln freiwillig, sanktionsfrei und respektvoll in Sucht- und Schuldner*innenberatungsstellen. Sie unterstützen bei Miet- und psychosozialen Problemlagen oder bei der Sicherung der Kinderbetreuung. In den Jobcentern selbst brauchen wir bessere Betreuungsschlüssel, damit Leistungsbeziehende optimal unterstützt werden.

Die Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket muss dauerhaft als verläSSLicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur fortgeführt werden. Um allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu ihnen zustehenden Leistungen zu ermöglichen, muss das bestehende Beratungsangebot niedrigschwellig, mehrsprachig, wohnortnah und flächendeckend weiter ausgebaut werden. Ziel ist eine Unterstützungsstruktur, die allen Kindern gleiche Bildungs- und Teilhabechancen eröffnet –unabhängig von der sozialen Situation ihrer Familien.

Marzahn-Hellersdorf braucht eine starke inklusive und soziale Infrastruktur

Menschen, die in unserem Bezirk von Armut, sozialer Ausgrenzung oder gesundheitlichen und sozialen Beeinträchtigungen betroffen sind, können derzeit noch auf ein Netz zurückgreifen, das sie auffängt, berät, begleitet und im Alltag stabilisiert. Dieses Netz bietet Unterstützung bei der Sicherung von Wohnraum, hilft bei der Bewältigung persönlicher Krisen, vermittelt zu spezialisierten Hilfen, eröffnet Zugänge zu medizinischer Versorgung und psychosozialer Betreuung. Es stärkt Betroffene dabei, wieder eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Zu dieser sozialen Infrastruktur gehören auch die unabhängigen Sozialberatungen, die Schuldner- und Insolvenzberatungen, die Beratungen für Erwerbslose, Stadtteilzentren,

Jugend-, Senior*innen- und Familientreffs, Migrationssozialberatung, Rechtsberatung für Geflüchtete und viele weitere Angebote.

Einrichtungen der sozialen Infrastruktur müssen künftig langfristig finanziert und gestärkt werden. All dies unterstützt die Menschen dabei, an der Gesellschaft teilzuhaben und macht zugleich das Leben in Berlin so lebenswert wie möglich.

Wir unterstützen freiwilliges Engagement und kämpfen deshalb auch für eine finanzielle Absicherung der Arbeit der bezirklichen Freiwilligenagentur.

Armut bekämpfen

Wir wollen Armut in allen ihren Formen und Dimensionen entschieden bekämpfen. Besonders besorgniserregend ist die Kinderarmut. Arme Kinder haben schlechteren Zugang zu Bildung, geringere Berufschancen und weniger Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten. Und klar ist: Die Armut der Kinder ist immer auch durch die Armut der Eltern bedingt und wird über Generationen weitervererbt. Wir treten an, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Armut ist nicht nur materieller Mangel, sie schließt junge Menschen auch von gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und einer gesunden Entwicklung aus. Die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene ist gescheitert. Wir werden uns als Linke im Bund weiter für eine echte, armutsfeste Kindergrundsicherung starkmachen. Wir wollen, dass alle Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche kostenfrei sind, ohne komplizierte Anträge und stigmatisierende Bedarfsprüfungen. Für die gebührenfreie Kita, den kostenfreien Hortbesuch bis Klasse Drei und kostenfreies Essen an Grundschulen in Berlin haben wir bereits gesorgt. Das kostenfreie Mittagessen für die Jugendlichen und das kostenfreie Schülerticket sollen erhalten bleiben. Aber es muss weitergehen: Jedes Kind muss kostenlos ins Schwimmbad gehen oder im Jugendclub kochen können. Dazu wird Die Linke neue Formen der Gebühren- bzw. Kostenfreiheit prüfen. Wir sichern die Familien- und Jugendangebote im Bezirk und setzen uns dafür ein, dass die Tarifmittel Teil der Regelfinanzierung werden und nicht über verwaltungsintensive Verfahren vergeben werden.

Soziale Teilhabe und Integration

Der Ausbau der sozialen Infrastruktur in unserem Bezirk umfasst auch die Förderung und den Erhalt von Stadtteilzentren sowie die Unterstützung von Bürgerinitiativen, die die sozialen Netzwerke vor Ort stärken. Diese Zentren sollen als Anlaufstellen für soziale, kulturelle und bildungsbezogene Angebote dienen. Stadtteilzentren sollen weiterhin Angebote für Gemeinschaft und gegen Einsamkeit anbieten, die Öffnungszeiten sollen bedarfsgerecht entwickelt werden.

Die Finanzierung der Stadtteilzentren muss verpflichtend erfolgen, nicht mehr als freiwillige soziale Leistung. Das Land Berlin muss den Bezirken ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um diese Einrichtungen entsprechend den realen Bedürfnissen zu finanzieren und ihre Arbeit langfristig zu sichern.

Auch wichtige niedrighschwellige Projekte mit besonderer Bedeutung für den Zusammenhalt in unserem Bezirk wie die unbezahlBAR, Kiezkühlschränke und Umsonstläden wird die LINKE im Bezirk weiter unterstützen und fordert deren stabile Finanzierung.

Die bestehenden Quartiersmanagement-Büros, die mobile Stadtteilarbeit und die BENN-Büros (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften) bilden wichtige Kerne zivilgesellschaftlicher

Netzwerke und sollen gemeinsam mit den Räumen für Beteiligung echte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung schaffen. Deshalb fordern wir eine stärkere Unterstützung von Bürgerinitiativen, die dort Zugang zu Räumen, technischer Ausstattung und finanzieller Unterstützung erhalten sollen, um Stadtteilarbeit von unten zu ermöglichen.

Gleichzeitig soll der Bezirk die beiden Standorte der Schuldnerberatung weiterhin bedarfsgerecht finanzieren und ebenso die Mieterberatung sowie die allgemeine soziale Beratung in den Stadtteilzentren dauerhaft absichern.

Wir treten ein für gesicherte, gut entlohnte Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen wie Stadtteilzentren und anderen sozialen Diensten, um den Beschäftigten eine stabile Perspektive und faire Arbeitsbedingungen zu schaffen. Soziale Arbeit darf nicht von unsicheren Arbeitsmarktmaßnahmen abhängen.

Das Sozialamt ist mit mehr Personal auszustatten und digitale Prozesse sind so zu gestalten, dass sie zu einer schnellen Hilfe für Bürger*innen und zu einer Entlastung der Beschäftigten führen.

Kiezkantinen

Die Linke stellt sich das Ziel, eine Kiezkantine in jedem Berliner Bezirk zu eröffnen, damit sich alle Berliner*innen eine warme, gesunde Mahlzeit leisten können. Jeden Tag werden dort frisch zubereitete Gerichte angeboten, von denen das günstigste immer nur drei Euro kostet. Damit entwickeln wir ein wirksames Programm gegen die steigenden Lebensmittelpreise und Mieten – und gegen die Einsamkeit. Die Kiezkantinen sollen öffentliche Treffpunkte für alle Berliner*innen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Kiezkantinen in Marzahn und Hellersdorf entstehen. In Hellersdorf unterstützen wir die Bemühungen, im Dialog mit der Alice-Salomon-Hochschule die vorhandene Kantine breiter zu öffnen und bezahlbare Preise für alle zu ermöglichen.

Die soziale und sorgende Stadt organisieren

Wir wollen Pilot-Projekte zur Schaffung von Sorgezentren starten, um Versorgungslücken im unmittelbaren Wohnumfeld der Menschen zu schließen. Damit wird den Menschen in der Nachbarschaft der Zugang und der Raum für gemeinsame Sorgearbeit ermöglicht. Zugleich sollen in den Sorgezentren Kunst, Kultur, Gesundheit und andere gemeinwohlorientierte Aktivitäten Raum finden. Es entstehen damit gemeinschaftliche Räume, in denen Menschen zusammenkommen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Die konkrete Nutzung muss in einem niedrighschwelligem Beteiligungsprozess erarbeitet werden, in dem die Nachbarschaft mitentscheidet und vor Ort bereits bestehende Angebote einbezogen werden. Dafür könnten leergefallene Shoppingcenter in die öffentliche Hand überführt und gemeinschaftlich und demokratisch über Quartiers-Sorgeräte betrieben werden. Durch Mischmieten zwischen gewerblichen und gemeinwohlorientierten Angeboten kann ein tragfähiges Finanzierungskonzept entwickelt werden.

Wir setzen uns in der Hellen Mitte für solch ein Pilotprojekt zur Umnutzung von leerfallenden Shopping Malls ein. Wir wollen das Marktplatzcenter zu einem Sorgezentrum ausbauen, um wohnortnahe Angebote des täglichen Bedarfs und der Teilhabe aller Menschen zu sichern. In dieses Konzept gehören auch die Vollendung der „Hellen Mitte“ als Zentrum, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowie die klimagerechte Umgestaltung des Alice-Salomon-Platzes.

Marzahn-Hellersdorf braucht eine funktionierende Verwaltung

Eine bürgernahe, rechtssichere und schnell arbeitende Verwaltung ist essentiell, denn vor allem Menschen mit wenig Geld sind in ganz besonderer Weise auf gut funktionierende staatliche Strukturen angewiesen und können sich weniger gegen falsches Verwaltungshandeln wehren. Auch Akteure in der Wirtschaft, von Einzelunternehmer*innen über die mittelständischen Betriebe bis hin zu großen Unternehmen brauchen klare Strukturen und Zuständigkeiten. Gerade in diesen Zeiten existenzieller Herausforderungen muss die Demokratie zeigen, dass sie ein funktionierendes Gemeinwesen organisieren kann. Trotz der vielfach schwierigen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zeigen sehr viele Mitarbeiter*innen großes Engagement bei ihrer Tätigkeit, eben weil sie die Bedeutung ihrer Arbeit für das Funktionieren dieser Stadt kennen. Dafür sind wir ihnen dankbar.

Wir setzen uns für den Erhalt aller Bürgerämter im Bezirk und die Einrichtung eines mobilen Bürgeramtes sowie den Ausbau der Onlineangebote (digitaler Bürgerdienst) ein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in guter Erreichbarkeit, angemessenen Fristen und guter Qualität regeln können.

Unser Ziel ist, dass die Berliner*innen barrierefrei, bedienungsfreundlich und direkt mit den Behörden und Ämtern kommunizieren können, ob vor Ort oder digital. Die Verwaltung muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein und dafür wollen wir Barrieren abbauen und den Zugang diskriminierungsfrei gestalten.

Attraktive Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen schaffen

Die Mitarbeiter*innen in den Ämtern und Behörden stehen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unter großem öffentlichem Druck sowie politischer und medialer Kritik. Neues, gut qualifiziertes Personal zu binden ist eine große Herausforderung, da in den nächsten Jahren ein Großteil des vorhandenen Personals in den Ruhestand gehen wird.

Die Linke in Berlin steht dafür ein, die bereits tarifizierte Hauptstadtzulage für alle umzusetzen, ein Besoldungsniveau im Mittel aller Länder anzustreben und darüber hinaus Entfristungen und Aufstiegsmöglichkeiten – das heißt sichere Arbeitsbedingungen und attraktive Berufsperspektiven innerhalb der Verwaltung zu schaffen.

Das Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie größtmögliche Homeofficemöglichkeiten sollen Standard sein. Gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden wir uns als Linke dafür einsetzen, dass die Vier-Tage- bzw. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst in Modellprojekten geprüft wird.

Bedarfsgerechte Finanzausstattung der Bezirke

Im Rahmen der Berliner Verwaltungsreform wurde endlich das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, der bezahlt“) in der Verfassung verankert, so dass die Bezirke zukünftig die entsprechenden finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen erhalten, wenn sie neue Aufgaben übernehmen müssen. Das grundsätzliche Problem der Unterfinanzierung der Bezirke für die bereits bestehenden Aufgaben ist damit jedoch noch nicht gelöst.

Wir wollen starke Bezirke und eine verbindliche Bezirkspolitik. Das wird nur erreicht mit der Sicherung der Handlungsfähigkeit der Bezirke durch eine klare und ehrliche Ressourcenverteilung. Dazu muss das Finanzierungssystem der Berliner Bezirke grundsätzlich geändert werden. Die Budgetierung auf Grundlage des betriebswirtschaftlichen Instruments der Kosten-Leistungs-Rechnung führt zu Fehlanreizen bei der Angebotsplanung und -qualität und spielt damit die Bezirke in einem Null-Summen-Spiel gegeneinander aus. Es bietet keine strategische Perspektive für eine qualitative und bürgernahe Verwaltung. In einem neuen

Bezirksfinanzierungssystem muss die in der Verfassung vorgesehene Globalsumme bedarfsgerecht und auf transparente Weise ermittelt werden. Im Zuge der Neuordnung der Bezirksfinanzen müssen auch Faktoren wie die soziale Lage, die Bevölkerungsentwicklung, die allgemeine Zufriedenheit und Flächenfaktoren stärker bei der Mittelverteilung berücksichtigt werden.

Starke Bezirke und klare Verantwortung des Senats

Die Bezirke mit ihren Verwaltungen, Bezirksämtern und Bezirksverordnetenversammlungen kennen ihre Kieze am besten. Deshalb braucht es genau diese starken Bezirke mit den notwendigen Ressourcen. Wir werden wir uns für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einsetzen. Altersarmut in den niedrigen Gehaltsgruppen muss verhindert werden. Missverhältnisse in der Bezahlung von Beschäftigten in der Hauptverwaltung im Vergleich zu den Bezirken sind zu überwinden. Damit die Bezirke ihre Stellen auch gut besetzen können, müssen die schlechtere Arbeitsplatzausstattung und schlechtere Bezahlung aufgrund der Bewertungen beendet werden.

Katastrophenschutz

Katastrophenschutz ist auch eine Frage sozialer Sicherheit. Niemand darf im Ernstfall im Kalten und Dunklen sitzen bleiben. Wer arm, alt oder krank ist oder allein lebt, hat oftmals keine Alternativen und kann sich nicht einfach ein warmes Plätzchen leisten. Es ist die Aufgabe des Senats und der Bezirke, die nötige Unterstützung sicherzustellen.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf verfügt noch nicht über die technischen und räumlichen Voraussetzungen für eine externe Notstromspeisung, und auch die Gelder hierfür liegen noch nicht vor. Auch die Katastrophenschutzleuchttürme in der Premnitzer Straße und der Riesaer Straße sind derzeit noch nicht aktiv und eine praktische Übung zum Szenario eines langanhaltenden Stromausfalles hat noch nicht stattgefunden. Die personelle Ausstattung für den Katastrophenschutz ist nicht ausreichend.

Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Ressourcen in die Vorsorge für den Katastrophenfall fließen und auch Vorbereitungen auf mögliche Notfälle stattfinden.

Familien unterstützen

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Formen des freiwilligen Zusammenlebens von Menschen, die Kinder erziehen oder Hilfsbedürftige betreuen, unterstützt werden. Wir setzen uns für die Rechte von Alleinerziehenden, Patchwork- und Soloeltern, Regenbogen- und Pflegefamilien ein. Wir unterstützen alle Familienformen und wollen Strukturen schaffen und ausbauen, die sie im Alltag konkret brauchen.

Alleinerziehende sind besonders häufig von prekären Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung betroffen. Die Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende müssen gezielt ausgebaut und ihre finanzielle Absicherung verbessert werden. Die Linke setzt sich für die Fortführung und den Ausbau bestehender Landesprogramme für Alleinerziehende ein. Das beinhaltet vor allem: bessere Möglichkeiten, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen, mehr Teilzeitausbildungsplätze sowie eine verlässliche, langfristige Begleitung und Beratung. Die Aufnahme und Ausübung von Erwerbsarbeit sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll erleichtert werden, indem Kinderbetreuung auch über die üblichen Zeiten hinaus angeboten und ermöglicht wird.

Wir erwarten vom Land Berlin eine sachgerechte Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen. Angebote für Familien, wie zum Beispiel der Familiengutschein für alle Eltern von Neugeborenen, eine Erziehungsberatung, Eltern-Kind-Gruppen oder das Programm „Frühe Hilfen“ sollen gesichert und ausgeweitet werden. Die Beratungskapazität der

öffentlich finanzierten Erziehungs- und Familienberatungsstellen und der regionalen sozialpädagogischen Dienste des Jugendamtes sollen deutlich erhöht werden. Familien haben Anspruch auf Hilfe und auf Sozialarbeiter*innen, die Zeit für sie haben.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung ein. Diese sollen frühzeitig zur Verfügung stehen und so wirken, dass den Kindern und Familien geholfen werden kann, ehe schwerwiegende Probleme entstehen.

Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung muss in gemeinsamer Verantwortung von Land und Bezirken neu ausgerichtet werden. Kein Bezirk soll auf den Mehrkosten sitzen bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen für die Erbringung von Hilfen zur Erziehung in kommunaler Verantwortung geschaffen werden.

Kinder- und Jugendhilfe braucht verlässliche Strukturen und gute Arbeit

Angebote der Kinder- und Jugendhilfe dürfen auch bei knapper Kassenlage keine Verhandlungsmasse sein. Kommunale Angebote sind zu stärken, gleichzeitig bleiben gemeinnützige und tarifgebundene Freie Träger unverzichtbare Partner in der Jugendhilfe. Dazu prüfen wir, wie Zuwendungszeiträume verlängert werden können. Mittelfristig sprechen wir uns für eine neue Finanzierungslogik und eine Abkehr vom Projekt-Charakter der Kinder- und Jugendhilfe aus, denn kontinuierliche Beziehungsarbeit erfordert langfristige, verlässliche Förderstrukturen.

Wir setzen uns für eine Zweckbindung der Mittel für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe ein: Geld, das für Jugendclubs vorgesehen ist, muss auch bei den Jugendclubs ankommen und darf von den Bezirken nicht für andere Zwecke ausgegeben werden.

Wir wollen, dass alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe von qualifizierten Beschäftigten in guter Qualität erbracht werden: Die Linke setzt sich für eine Tarifbindung im Zuwendungsbereich und bei öffentlichen und Freien Trägern ein.

Hilfen zur Erziehung – Strukturen ändern

Die Hilfen zur Erziehung (HzE) umfassen ein weites Spektrum an Hilfe- und Förderleistungen für Kinder, junge Menschen und Familien in herausfordernden Lebenslagen. Die finanzielle Absicherung der Leistungen erfolgt über die bezirklichen Haushalte, die allerdings nicht ausfinanziert sind. Die Linke tritt für eine verlässliche, frühzeitige und bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung ein. Dazu sind Qualitätsstandards abzusichern, die finanzielle und personelle Ausstattung zu verbessern und Haushaltszwänge dürfen niemals über die konkrete Ausgestaltung der individuellen Hilfen entscheiden. Für umfassend arbeitsfähige Jugendämter müssen die Kosten für die HzE vom Land Berlin in vollem Umfang getragen werden.

Die Linke steht für eine starke öffentliche Verantwortung in der Jugendhilfe. Wir setzen uns dafür ein, die Abhängigkeit von marktwirtschaftlichen Mechanismen zu beenden und die Steuerungshoheit der Jugendämter zurückzugewinnen. Dazu werden wir den Aufbau eigener kommunaler Angebote (Rekommunalisierung) vorantreiben –insbesondere zur Absicherung von Notfällen und dort, wo private Märkte versagen.

Ziel ist ein starker öffentlicher Kern, der (Qualitäts-)Standards setzt und Krisenfestigkeit garantiert. Gleichzeitig erkennen wir den hohen Wert der Trägervielfalt an. Gemeinnützige, tarifgebundene Freie Träger bleiben unverzichtbare Partner, um passgenaue Schutzräume und vielfältige pädagogische Ansätze bei den HzE zu gewährleisten.

Regionaler Sozialer Dienst (RSD) und Kinderschutz

Der Regionale Soziale Dienst (RSD) braucht eine Personaloffensive: Wir streben eine deutliche Reduktion des fallzahlorientierten Personalstandards an. Für die im RSD Beschäftigten muss ein verbindliches Recht auf regelmäßige Supervision und Fortbildung gesichert werden.

Den Kinderschutz wollen wir mit den Schwerpunkten Prävention und Frühe Hilfen weiter fördern und konzeptionell weiterentwickeln. Der Hausbesuch nach der Geburt eines Kindes muss sichergestellt werden. Die sachgerechte Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Alle Einrichtungen, in denen sich junge Menschen mehrere Stunden am Tag aufhalten, sollen zur Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten gegen sexualisierte und körperliche Gewalt verpflichtet werden. Dies muss unter unbedingter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgen.

Diskriminierungssensible Jugendarbeit und Inklusion

Wir setzen uns für eine diskriminierungssensible Jugendarbeit ein. Jugendarbeit muss in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ein sicherer Ort für alle sein, mit Empowerment-Ansätzen, zielgruppengerechter politischer Bildung, (digitaler) Gewaltprävention und Diversitätsmanagement. Wir setzen uns für Antirassismus sowie für feministische und queere Projekte ein, damit jeder junge Mensch in unserem Bezirk gleichberechtigt mitgestalten kann.

Wir werden uns dafür stark machen, dass Einrichtungen der offenen Jugendarbeit baulich, personell und konzeptionell so ausgestattet werden, dass junge Menschen mit Beeinträchtigungen ein selbstverständlicher Teil der Gemeinschaft sind. Dafür braucht es auch eine bessere Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen Jugendhilfe, Sozialhilfe und Schule, insbesondere in Hinblick auf klare Zuständigkeiten.

Zudem muss Politik verständlich sein: Wir setzen uns dafür ein, dass politische Informationen für junge Menschen in einfacher Sprache und in zielgruppengerechten Formaten zur Verfügung gestellt werden.

Antifaschistische gesellschaftliche Überzeugung und Meinungsfreiheit

Rechtsextreme werben vermehrt unter Jugendlichen für ihr Weltbild, suchen sich Zugang zu Jugendfreizeiteinrichtungen oder sprechen gezielt offene Bedürfnislagen von Jugendlichen an. Hier brauchen wir eine Stärkung der bezirklichen Straßensozialarbeit sowie klare Handlungsanweisungen, Zuständigkeiten und Meldekettens, die bei akuten Vorkommnissen deeskalierend wirken und die Betroffenen schützen. Wir werden zielgruppenspezifische Maßnahmen ausbauen, die begünstigende Faktoren für rechtsextreme Einstellungen wie eigene Gewalterfahrungen, erschwerte Bildungszugänge sowie fehlende berufliche und soziale Integration abmildern. Angebote zur Bekämpfung von Kinderarmut müssen enger miteinander verzahnt werden, denn soziale Ungerechtigkeit macht junge Menschen nachweislich anfälliger für autoritäres Gedankengut.

Die Meinungsfreiheit der Träger der Jugendarbeit ist dabei ein hohes Gut, das eine differenzierte Auseinandersetzung mit Extremismus und Demokratiefreundlichkeit erst ermöglicht und das die Linke vehement verteidigt.

Demokratie verteidigen

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Möglichkeiten für alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Demokratie bedeutet für uns vor allem soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Linke steht für eine offene, vielfältige, tolerante, demokratische Gesellschaft. Demokratie verteidigen heißt, soziale Gerechtigkeit zu stärken und zugleich rechtspopulistischer Hetze und Spaltung der Gesellschaft durch gemeinsames Handeln aller Demokratinnen und Demokraten zu begegnen. Wir unterstützen die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung und fordern deren Stärkung sowie die weitere Förderung von Demokratieprojekten.

Antifaschismus

Marzahn-Hellersdorf ist bunt und vielfältig. Damit dies auch so bleibt, steht DIE LINKE als starke antifaschistische Kraft an der Seite aller, die sich gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung stellen und für eine solidarische Stadt kämpfen. Statt der autoritären Rechten entschieden entgegenzutreten, befeuert die Politik der Bundesregierung und des Berliner Senats den Rechtsruck weiter - mit Hetze gegen migrantische Menschen, Druck auf Erwerbslose und einer Politik der Militarisierung und Aufrüstung statt Frieden und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Wir machen uns stark für einen breiten Konsens aller demokratischen Parteien im Bezirksparlament, der bei parlamentarischen Initiativen und Prozessen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt.

Die antifaschistische Zivilgesellschaft stärken

Angesichts rapide ansteigender extrem rechter, neonazistischer Vorfälle, gerade auch durch Jugendliche und junge Erwachsene, müssen unsere bezirklichen Beratungsangebote, die Opferhilfe, Register und Beschwerdestellen strukturell wie finanziell gestärkt und ausgeweitet werden. Das gilt auch für Programme zur Prävention und Deradikalisierung. Dazu gehören Beratungsangebote zur Distanzierung von extrem rechten Szenen, digital orientierte Präventionsformate gegen Propaganda sowie sozialräumliche Programme, die Jugendlichen Alternativen zu gewaltorientierten Gruppenidentitäten eröffnen.

Prävention muss sich dabei gegen die vielen Ausprägungen von Ungleichheitsdenken und antidemokratische Einstellungen richten, wie extrem rechten neonazistischen Ideologien, Antifeminismus, Alltagsrassismus, Antisemitismus sowie gegen Verschwörungsdenken und religiös fundamentalistischen Einstellungen.

Engagierten, die sich für Demokratie und Menschenrechte und gegen rechte Hetze und Gewalt einsetzen, wollen wir weitere Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.

Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus entschieden bekämpfen

In den letzten Jahren sind die Angriffe auf jüdische Menschen, auf Roma und Sinti und Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen. Nach wie vor unternimmt der Bezirk zu wenig, um Schutz zu gewährleisten und sich kritisch mit allen Formen des Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass eine Beauftragtenstelle gegen Antisemitismus und Antiziganismus geschaffen wird. Sie ist Ansprechstelle für Betroffene und baut die

Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden aus, um Strukturen gegen Antisemitismus im Bezirk zu stärken, präventiv tätig zu werden und Institutionen gegen Antisemitismus fit zu machen. Der/die Beauftragte wirkt zudem in die Verwaltung hinein, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der allgemeinen Gleichheit ausnahmslos Anwendung findet.

Im Rahmen des Berichts des Berliner Antisemitismusbeauftragten vom Dezember 2021 wurden berlinweit 290 Straßen und Plätze identifiziert, die antisemitische Bezüge aufweisen, zahlreiche davon bei uns im Bezirk.

Wie bereits 2022 von uns gefordert, aber durch die anderen Fraktionen der BVV abgelehnt, soll eine Kommission einrichtet werden, die sich auf Basis des vorgelegten Berichts kritisch mit Namen von Straßen und Plätzen im Bezirk auseinandersetzt, die antisemitische Bezüge aufweisen. Diese Auseinandersetzung darf nicht losgelöst von der Zivilgesellschaft stattfinden, sondern muss mit ihr gemeinsam in einem Dialogprozess in Gang gesetzt werden. In vielen Fällen wird im Bericht eine Kontextualisierung, in anderen auch eine Umbenennung vorgeschlagen. Dies gilt es umfassend im Rahmen einer Expert*innenkommission zu diskutieren. Der Bericht dieser Kommission muss die Grundlage für den Umgang des Bezirks sowie der im Bezirk lebenden Menschen mit dem historischen Erbe und der Tatsache bilden, dass Antisemitismus noch immer im öffentlichen Raum präsent ist.

Interreligiösen Dialog ins Leben rufen

Die zunehmenden rassistischen und antisemitischen Vorfälle zeigen, dass das Verständnis der Menschen untereinander und füreinander noch ausgebaut werden muss. Auch die anwachsenden weltweiten Krisen wirken sich auf die bei uns im Bezirk lebenden Religions- und Glaubensgemeinschaften und Communities aus. Deshalb ist der Dialog besonders wichtig, um den Austausch zwischen den einzelnen Religions- und Glaubensgemeinschaften untereinander sowie zwischen diesen und dem Bezirksamt zu ermöglichen. Er bietet eine Möglichkeit zur Förderung des Verständnisses füreinander, Bedarfe können frühzeitig gemeinsam ermittelt und Lösungen erarbeitet werden. Um eine kontinuierliche und strukturierte Kommunikation zu gewährleisten und den Austausch und die Zusammenarbeit weiter zu stärken, soll der Interreligiöse Dialog zukünftig wieder regelmäßig stattfinden. Das erfordert auch die Einbeziehung des Bezirksbeirates für Partizipation und Integration sowie der Fraktionen in der BVV. Das Integrationsbüro kann auf Grund der knappen personellen Ressourcen nur unterstützend wirken und nicht die Hauptverantwortung übernehmen. Langfristig wollen wir das Integrationsbüro stärken, damit alle wichtigen Aufgaben vollumfänglich übernommen werden können.

Informieren und mitbestimmen im Bezirk

Die Linke steht für die Entwicklung und Stärkung unseres Bezirkes als Kommune der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, die Menschen müssen an den Vorhaben des Bezirkes frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Dazu gehört die Information der Bürgerinnen und Bürger durch regelmäßig stattfindende Einwohnerversammlungen des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung in den Stadtteilen. Bau- und Infrastrukturvorhaben müssen frühzeitig kommuniziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Auslegung von Bebauungsplänen künftig regelmäßig nicht nur im Rathaus, sondern auch vor Ort in öffentlichen Einrichtungen erfolgt. Dafür müssen die personellen Voraussetzungen im Bezirksamt geschaffen werden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks müssen sich einmischen, mitmachen und ihren Kiez und Bezirk gestalten können. Das geschieht in Vereinen oder Bürgerinitiativen, im Bündnis für Demokratie und Toleranz, in vielfältigen anderen Strukturen und bei Veranstaltungen wie „Schöner leben ohne Nazis“. Die Durchführung von kleinen Kiezprojekten und Nachbarschaftsfesten muss künftig viel einfacher und unbürokratischer erfolgen können. Für die Organisation von Festen in den Kiezen streben wir die Einrichtung einer Nachbarschaftskasse an. Dazu gehört auch, dass wir öffentliche Räume für Versammlungen von Bürgerinnen und Bürgern und Vereinen sowie Parteien zur Verfügung stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Wahllokale barrierefrei erreichbar sind.

Bürgerhaushalt als Baustein der direkten Demokratie

Wir setzen uns für die Weiterführung und Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes ein. Dieses Instrument der direkten Demokratie soll auch künftig zur Anwendung kommen und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Wir begrüßen, dass der Bürgerhaushalt jedes Jahr durchgeführt wird, damit lange Bearbeitungs- und Umsetzungszeiten vermieden werden können. Regelmäßig sollte über den Stand der Realisierung beschlossener Vorschläge von Bürgern berichtet und somit Rechenschaft über Verwaltungshandeln abgelegt werden. Dies soll vor allem im Rahmen von Einwohnerversammlungen erfolgen. Onlineangebote und Onlineabstimmungen müssen weiterentwickelt und an die Anforderungen der modernen Kommunikation angepasst werden. Der Onlinezugang ist barrierearm und in leichter Sprache bereitzustellen.

Wir setzen uns für die Fortführung des Bürgerbudgets zur Umsetzung von Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger in Höhe von mindestens 200.000 € je Haushaltsjahr ein.

Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit

Die Linke kämpft für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner seelischen und körperlichen Verfasstheit, seiner Weltanschauung, seiner Religion oder seiner sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität das Recht auf soziale Sicherheit, der Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnen und Chancengleichheit gewährt werden. Wir setzen uns für die Stärkung von LSBTIQ-Rechten und die Förderung von Anti-Diskriminierungsprojekten und queeren Initiativen ein.

Die Linke fordert, Frauen- und Mädchenprojekte im Bezirk vor Kürzungen zu schützen und diese weiter auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, weitere Plätze in Zufluchtwohnungen für Frauen aus Marzahn-Hellersdorf zu schaffen und im Bezirk ein eigenes Frauenhaus einzurichten. Gleichzeitig soll die Interventions- und Fachberatungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt gestärkt und Angebote für minderjährige Eltern und Alleinerziehende ausgebaut werden.

Angebote für Eltern müssen stärker an die Bedürfnisse Berufstätiger angepasst, Mütter entlastet und Väter gezielt in die Übernahme von Verantwortung einbezogen werden.

Im Sportbereich sollen maskulin geprägte Strukturen im Breitensport aufgebrochen und Angebote stärker an den Bedürfnissen von FLINTA-Personen ausgerichtet sowie Projekte zur Förderung des Frauen- und Mädchensports gezielt unterstützt werden.

Zudem gilt es, den bezirklichen Plan gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queerfeindlichkeit konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln sowie queere Infrastruktur zu schützen und auszubauen. Wir fordern, dass queere Jugendarbeit gezielt gefördert wird.

Auch das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung in Marzahn-Hellersdorf soll gestärkt, seine Angebote erweitert und besser bekanntgemacht werden.

Ergänzend fordert die Linke eine bezirkliche Wirtschaftsförderung mit Schwerpunkt auf Frauen und nichtbinäre Personen, indem Ressourcen bereitgestellt werden, um die selbstständige Existenzsicherung von FLINTA-Personen zu unterstützen, etwa durch Netzwerke für berufstätige FLINTA und Unternehmerinnen, Gründungsberatungen und Unterstützung bei der Vermittlung von Gewerberäumen. Alle Angebote sollen dabei kultursensibel und barrierearm gestaltet sein.

Marzahn-Hellersdorf – Bezirk des Friedens, der Erinnerung und Mahnung

Die Linke tritt dafür ein, dass sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Rahmen seiner Möglichkeiten für Frieden, Entspannung und Vertrauensbildung sowie für eine würdige und den aktuellen Herausforderungen gemäße Erinnerungskultur einsetzt und entsprechende zivilgesellschaftliche Initiativen wertschätzt und fördert. Dazu gehören insbesondere die Pflege und der Ausbau internationaler Beziehungen im bezirklichen Rahmen. Marzahn-Hellersdorf ist seit 2004 Mitglied der internationalen Organisation "Mayors for Peace". Das Bezirksamt sollte hierzu eigene Initiativen entwickeln und den Erinnerungspfahl Hiroshima/Nagasaki stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

Wir wollen gemeinsam mit dem Städtepartnerschaftsverein die Städtepartnerschaften des Bezirks mit Leben erfüllen. Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung sollen ihre Verantwortung wahrnehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine auf diesem Gebiet unterstützen.

Schüleraustausche und Möglichkeiten für internationale Begegnungen unterstützen wir, ebenso wie Exkursionen von Schülergruppen zu nationalen und internationalen Gedenkstätten. Wir stehen für eine mit Leben erfüllte Erinnerungskultur, die erinnert und mahnt, aber auch den Bezug zu aktuellen Herausforderungen aufzeigt. Wir erinnern an jüdisches Leben im Bezirk sowie an den antifaschistischen Widerstand während der Nazi-Zeit und an besondere Persönlichkeiten, die sich unter großer Gefahr für den Schutz von Jüdinnen und Juden einsetzten.

Unsere bezirklichen Gedenkorte und Mahnmale müssen gepflegt und erhalten werden. Sie sollten gut sichtbar auf der Internetpräsenz des Bezirksamtes dargestellt werden.

Stolpersteine, die an Menschen erinnern, die in der Zeit von 1933 bis 1945 von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, sind zu pflegen und sichtbar zu erhalten.

Besondere Anlässe sind würdig zu begehen, wie etwa der 27. Januar, der 21. April, der 8. Mai, der 2. August und der 9. November.

Das „Erste befreite Haus“ an der Landsberger Allee, das nach seiner umfassenden Sanierung nunmehr für soziale Anliegen genutzt wird, soll weiterhin in die Gedenkkultur einbezogen werden.

Wir fördern die Vermittlung von und die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte, sowohl mit der des antifaschistischen Widerstandes 1933 – 1945 als auch mit der DDR-Geschichte. Wir kämpfen gegen das Vergessen, Relativieren und Umschreiben von Geschichte.

Nicht kriegstüchtig, sondern friedentüchtig!

Bei aller Notwendigkeit, internationale Realitäten und Herausforderungen an Katastrophenschutz und Landesverteidigung zu berücksichtigen, stellt sich die Linke gegen eine Militarisierung des öffentlichen Lebens im Bezirk. Die Bundeswehr sollte nicht in Schulen werben. Schule muss ein geschützter Raum für Bildung, persönliche Entwicklung und kritisches Denken sein. Statt militärischer Werbung soll die zivile Berufsorientierung gestärkt werden.

Der Bezirk soll sich nicht an Werbekampagnen der Bundeswehr beteiligen und das Land Berlin auffordern, Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum grundsätzlich zu beenden. Politische Bildung muss friedensorientiert, unabhängig und frei von Werbeinteressen sein. Deshalb unterstützen wir Schülerinitiativen, die sich für Friedensbildung, Kriegsdienstverweigerung sowie gegen Werbung und Präsenz der Bundeswehr an Schulen einsetzen.

Die Linke ist gegen eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht für alle Männer und fordert Unterstützung der Beratungsangebote für Wehrdienstverweigerer. Das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern, ist ein Grundrecht – Ausdruck von Gewissensfreiheit und persönlicher Verantwortung. Die Linke sieht in der Wehrdienstverweigerung keinen Akt der Verweigerung gegenüber der Gemeinschaft, sondern einen Akt des Mutes und des Friedenswillens. Wer sich entscheidet, keine Waffe in die Hand zu nehmen, verdient Unterstützung und Respekt. Deshalb wird die Linke Menschen bei der Wehrdienstverweigerung unterstützen. Wir werden über ‚Die Linke hilft‘ eigene Beratungs- und Informationsangebote fördern, über rechtliche Möglichkeiten aufklären und solidarische Netzwerke stärken.

Bildung und Ausbildung

Gute Bildung für alle ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Sie hilft, Armut zu bekämpfen, und darf nicht davon abhängen, in welchem Berliner Bezirk Kinder und Jugendliche aufwachsen. Ziel muss sein, dass alle jungen Menschen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, die gleichen Chancen und Voraussetzungen für ihre Zukunft erhalten. Deshalb soll Bildung allen Kindern und Jugendlichen kostenfrei zur Verfügung stehen: durch den Besuch einer Kita, durch die Bereitstellung aller notwendigen Lernmaterialien in der Schule, durch einen möglichen Hortbesuch für alle Grundschulkinder sowie durch ein ÖPNV-Ticket und ein warmes, gesundes Mittagessen für alle Schüler*innen.

Wir wollen die Berliner Schule endlich zu einem Ort der Bildungsgerechtigkeit machen. Aufgabe von Schule ist die umfassende Persönlichkeitsbildung jedes und jeder einzelnen Schüler*in. Am Lebens- und Lernort Schule werden die Grundlagen für Teilhabe an einer demokratischen, inklusiven und solidarischen Gesellschaft und für ein selbstbestimmtes Leben gelegt.

Für mehr Qualität in den Kitas

Wir bekennen uns zum Recht eines jeden Kindes auf hochwertige frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung, die seine ganzheitliche Entwicklung fördern. Kitas sind Bildungseinrichtungen und sollen interdisziplinär arbeiten. Für ein qualitativ hochwertiges Kita-Angebot mit Sprachförderung, Inklusion und Kinderschutz brauchen Kitas eine sachgerechte und an wissenschaftliche Erkenntnisse geknüpfte Raum- und Personalausstattung. Es braucht Weiterbildung für Erzieher*innen im interkulturellen Kontext und Zugang zu Sprachmittler*innen.

Die Linke setzt sich dafür ein, Kinderbetreuungsangebote den flexiblen Arbeitszeiten der Eltern anzupassen und in den Kitas einen Personalschlüssel bei Kindern von 0 bis 3 Jahren von einer pädagogischen Fachkraft für drei Kinder und bei Kindern ab 4 Jahren von sechs Kindern anzustreben.

Wir setzen uns im Kita-Bereich für eine vorbehaltlose Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Förderung für Kinder, die eine zusätzliche Unterstützung für ihre weitere Entwicklung benötigen, ein. Besondere Begabungen sollen gefördert und eine individuelle Sprachförderung für alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunftssprache, ermöglicht werden.

Stärkung der Gemeinschaftsschulen

Die Linke tritt für eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen ein, denn hier kann es besonders gut gelingen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln. Neue Schulen sollten vorrangig als Gemeinschaftsschulen geplant und gegründet werden – als Schulen des gemeinsamen Lernens von der Einschulung bis zum Abitur. Wir setzen uns dafür ein, dass gymnasiale Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen in Marzahn-Hellersdorf eingerichtet werden.

Gute Ganztagsbetreuung für alle

Schule muss Raum für Lernen und für Freizeit, Sport und Spiel sein. Für die ersten und zweiten Klassen wurde bereits ein kosten- und bedarfsprüfungsfreier Zugang zur ergänzenden Förderung und Betreuung (Hort) ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch für die 3. und 4. Klassen möglich wird. Auch in den Oberstufen müssen nachhaltige Bedingungen für Ganztagskonzepte geschaffen werden, die alle Schüler*innen erreichen.

Lehrkräftemangel in Schulen des Bezirks beenden

Um den Lehrkräftemangel an den Schulen des Bezirks zu beenden, braucht es eine stärkere zentrale Steuerung durch den Senat, die langfristige Sicherung ausreichender Studienplätze an den Berliner Universitäten sowie deutlich bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Referendar*innen. Zusätzlich müssen Schulen stärker durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden, damit Unterricht und individuelle Förderung verlässlich gewährleistet werden können.

Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt aller Schulstationen einsetzen sowie für ausreichende Mittel für das Bonusprogramm an Brennpunktschulen und die Fortführung und Finanzierung des produktiven Lernens.

Inklusive Schulen

Jeder Mensch, ob mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder mit Hochbegabung, ist einzigartig und muss in seinen Besonderheiten anerkannt und gefördert werden. Das im Schulgesetz verankerte Recht auf die inklusive Beschulung in einer Regelschule muss wohnortnah umgesetzt werden können.

Deshalb fordert Die Linke den barrierefreien Umbau aller Schulen, kleinere Klassen und angepasste Personalschlüssel sowie gut ausgebildetes und ausreichend vorhandenes Personal. Schulen sollen zusätzlich durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden. Wichtig ist dabei, dass diese Teams ergänzend eingesetzt werden und nicht an die Stelle von Lehrkräften treten. Darüber hinaus müssen mehr Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen ihre Arbeit an den Schulen aufnehmen, und jede Schule braucht eine eigene, voll ausgestattete Verwaltungsleitung, um das gesamte Kollegium spürbar zu entlasten.

Laut UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf Bildung, egal in welchem Land es geboren wurde oder wo es heute lebt. Deshalb wollen wir eine schnelle Einschulung von geflüchteten Kindern.

Kostenloses Schulmittagessen und saubere Schulen

Unser Ziel ist, dass in allen Grund- und weiterführenden Schulen ein warmes, qualitativ hochwertiges und kostenfreies Mittagessen angeboten wird. Zuverlässige Caterer sollen langfristig und gesichert ausgewählt werden.

Ein guter Schulalltag erfordert auch saubere Schulen. Die Linke setzt sich deshalb weiterhin für eine gesicherte Tagesreinigung und die Rekommunalisierung der Schulreinigung ein. Perspektivisch sollten Catering und Schulreinigung in Schulen nicht mehr durch Externe stattfinden, sondern in den Schulen selbst organisiert und umgesetzt werden können. Dafür müssen auch eigene Küchen an neuen Schulen eingeplant werden.

Oberschüler*innen halten sich in Schulen 6 bis 10 Stunden auf. Auch sie müssen ausreichend trinken, noch dazu bei immer höheren Temperaturen im Sommer. Wir fordern deshalb kostenlose Trinkwasserspender auch für alle Oberschulen.

Sichere Schulwege

Schulen müssen für Schüler*innen sicher zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sein. Dazu notwendige Querungshilfen wie Fußgängerüberwege oder Mittelinseln, Ampelanlagen, sichere Fahrradwege und die Anordnung von Tempo 30, wo es noch nicht erfolgt ist, müssen entsprechend dem Bedarf nachgerüstet und angeordnet werden.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche können Verkehrsberuhigung, Schulstraßen, das Mobilitätsmanagement an Schulen sowie Mobilitätsbildung von der Kita bis zum Erwachsenenalter umfassen.

Schulen bauen und modernisieren

Der Sanierungsstau unserer Schulen ist riesig. Um Schulen im Betrieb bei Großsanierungen zu entlasten, braucht es rechtzeitig Ausweichstandorte.

Zusätzlich brauchen wir deutlich mehr Schulplätze, denn die Zahl der Schüler*innen in unserem Bezirk wächst durch Zuzug weiter und viele Schulen sind überbelegt. Deshalb müssen weiterhin neue Schulen geplant werden bzw. die bereits vorgesehenen Ergänzungsbauten auch errichtet werden. Schnelle Entlastung könnten Auf- und Anbauten auf DDR-Serienbauten bringen, wie sie in anderen Bezirken im Stadtumbau-Ost bereits erprobt wurden. Schulbau muss zudem modular erfolgen, damit er zukunftsgerecht und in Jahrzehnten auch anderen Nutzungen zugeführt werden kann. Wir unterstützen ausdrücklich die Idee des Schul-Campus.

Die Linke fordert die konsequente Einsetzung von Schulbauausschüssen unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen, einschließlich Kooperationspartnern und Initiativen aus der Nachbarschaft, sowie eine transparente Informationspolitik durch die zuständigen Ämter und Bauausführenden. Alle Schulsanierungen und Schulneubauten müssen den pädagogischen Anforderungen einer inklusiven Ganztagschule entsprechen.

Beim Neubau von Schulen braucht es echte Mitbestimmung, denn auch Schulen müssen in die Umgebung passen. Negativbeispiele, wie der Umgang des Senats mit dem Bau neuer Schulen an der Bruno-Baum-Straße in Marzahn und am Auerbacher Ring in Hellersdorf, müssen der Vergangenheit angehören.

Wir setzen uns dafür ein, dass im neuen Wohngebiet an der Knorr-Bremse eine Gemeinschaftsschule geschaffen wird. Außerdem setzen wir uns für den barrierefreien Umbau der Ulmenschule und die Sanierung der Schulgebäude der Franz-Carl-Achard-Grundschule, der Grundschule an der Mühle sowie der Falken-Grundschule ein. Wichtig ist auch die Sicherung einer Fläche auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Golm in Kaulsdorf für eine neue Schule.

Wir fordern vom Senat, endlich einen Schulplatzfaktor anzuwenden, der dem tatsächlichen Bedarf entspricht, denn in Neubauten ziehen in unserem Bezirk viel mehr Familien mit mehr Kindern ein als in anderen Bezirken. Neubauschulen in neuentstehenden Wohngebieten werden in unserem Bezirk in der Regel wider besseres Wissen zu klein geplant und gebaut. Immer wieder kommt es vor, dass Investitionen in Schulbau oder Schulsanierung verschoben werden. Die so freiwerdenden Mittel sollten über eine vorgeplante Reserveliste umgelenkt werden, damit sich kein weiterer Investitionsstau aufbaut, der zukünftige Haushalte belastet.

So schnell wie möglich muss auch der Sanierungsstau bei den Schulhöfen abgebaut werden. Wir wollen grüne Schulhöfe und neue Schulgärten fördern. Auch für Schulen brauchen wir Hitzeschutzmaßnahmen. Fassadenbegrünung, die Anpflanzung schattenspendender Bäume und Hitzeschutzsegel sehen wir als geeignete Maßnahmen an. Es muss zudem endlich eine funktionierende Koordinierung zwischen Land und Bezirk geben, damit bei der Übergabe eines Schulneubaus auch der Schulhof fertig ist.

Wir unterstützen das Konzept der Mehrfachnutzung von Schulen: Schulen müssen sich in den Stadtraum öffnen. So sollten schon bei der Planung neuer Schulen prinzipiell auch Räume für Musikschule, Stadtteilbibliothek, für Kultur, Sport, die Jugendverkehrsschule, Stadtteilzentren oder anderer Bedarf im Stadtraum mitgedacht werden. Wir unterstützen dieses Konzept der Mehrfachnutzung auch in Bestandsschulen.

Schule digital

Der selbstbestimmte und differenzierte Umgang mit Medien und Informationen, nicht nur, aber auch im digitalen Raum, ist eine Kernkompetenz der heutigen Gesellschaft.

Medienmündigkeit von Kindern und Jugendlichen gehört deshalb zu den zentralen Zielen einer zukunftsorientierten Bildung. Für die Umsetzung braucht es klare Verantwortlichkeiten, verbindliche Personalressourcen sowie eine zeitgemäße Ausstattung.

Die Linke fordert die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit digitalen Arbeitsmitteln und einen Internetzugang für alle Schüler*innen als Voraussetzung zur aktiven Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft sowie für berufliche Chancen. Auch der kostenfreie Zugang zum Internet für schulische Zwecke muss für alle Schüler*innen sichergestellt werden. Die Endgeräte für das pädagogische Personal müssen in ihrer Funktionalität weiterentwickelt und an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst werden.

Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte, eine professionelle IT-Wartung, IT-Administration und IT-Sicherheitsbeauftragte in allen Schulen sind zwingende Voraussetzungen für digitales Arbeiten an den Schulen.

Außerschulische Lernorte

Die Linke setzt sich für den Ausbau außerschulischer Lernorte wie Umweltbildungszentren, Gartenarbeitsschulen, Grüne Klassenzimmer, Jugendkunstschulen, Musikschulen und innovative Lernorte wie das Hellersdorfer „Helleum“ ein, um den Unterricht und den außerunterrichtlichen Bereich durch Angebote zu Umwelt- und Klimaschutz, Kunst und Kultur sowie durch vielfältige Projekte für Schüler*innen zu ergänzen.

Ausbildung stärken

Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin sowie alle Jugendlichen im Bezirk sollen eine klare berufliche Perspektive haben. Die Linke steht für eine solide Ausbildung und eine existenzsichernde Beschäftigung für alle. Diese Forderungen verfolgen wir konsequent auf Landes- und Bezirksebene. Jugendarbeitslosigkeit muss vermieden werden. Nach dem Schulabschluss müssen genügend Ausbildungsplätze für Berufe bereitstehen, an denen es in unserem Bezirk mangelt. Wir fordern deshalb vom Senat, dass der Bau eines OSZ für Pflege und soziale Berufe in Biesdorf endlich verwirklicht wird.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Die Linke unterstützt den Ausbau und die Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur, um junge Menschen bei ihrer beruflichen Orientierung und beim Einstieg in den Arbeitsmarkt bestmöglich zu begleiten. Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Verbundausbildung sowie für die Sicherung und Weiterentwicklung bestehender Ausbildungsverbände im Bezirk ein.

Ebenso soll die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen intensiviert werden, um die Berufsausbildung und das duale System insgesamt aufzuwerten. Darüber hinaus müssen Arbeitsagentur und Jobcenter bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit unterstützt werden, damit für junge Menschen passgenaue Förder- und Qualifizierungsangebote bereitgestellt werden.

Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche

Wir setzen uns für verbindliche Rede- und Beteiligungsrechte junger Menschen in der Bezirksverordnetenversammlung, im Jugendhilfeausschuss und allen anderen relevanten Gremien ein, denn ob Bildung, Verkehr, Kultur, Stadtentwicklung oder Sicherheit – Entscheidungen in all diesen Politikfeldern nehmen unmittelbar Einfluss auf die Lebenswirklichkeiten junger Menschen.

Die Linke unterstützt das Kinder- und Jugendparlament Marzahn-Hellersdorf und setzt sich für den Fortbestand sowie eine auskömmliche Finanzierung der Schülerhaushalte ein, damit auch Kindern und Jugendlichen auf diesem Wege die Möglichkeit zur Mitbestimmung gegeben wird. Allen Schüler*innen soll es durch die Bereitstellung eines festen Budgets ermöglicht werden, mit ihren Ideen ihr schulisches Umfeld zu verändern.

Gleichzeitig sollen weitere unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kinder und Jugendliche eigene Projekte selbst verwirklichen können.

Freiräume für Jugendliche

Jugendliche brauchen Räume jenseits von Schule, Elternhaus und Kommerz, in denen sie sich selbstbestimmt treffen, ausprobieren und gestalten können. Ob Jugendclub, Abenteuerspielplatz, Sporthalle, Stadtbibliothek oder selbstverwalteter Treffpunkt – all diese Angebote wollen wir sichern und ausbauen. Wie setzen uns dafür ein, bestehende Jugendclubs und Freizeiteinrichtungen zu erhalten, neue Angebote zu schaffen und alle Einrichtungen personell angemessen auszustatten. Auch weiterhin soll ein kostenfreies bezirkliches Ferienprogramm stattfinden.

Mobil in Marzahn-Hellersdorf und darüber hinaus

Verkehrspolitik ist Sozialpolitik. Doch statt Mobilität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu fördern, hat der schwarz-rote Senat Berlin in die Mobilitätskrise geführt: Busse und Bahnen fahren immer unzuverlässiger, neue Strecken, Rad- und Gehwege werden nicht gebaut, Straßen und Brücken zerbröseln.

Dabei ist für uns klar: Mobilität darf weder vom Wohnort noch vom Besitz eines PKW, vom Gesundheitszustand oder vom Geldbeutel abhängen. Unsere Priorität liegt daher bei einem vielfältigen Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – bezahlbar, sicher, pünktlich und mit echten Informationen für die Fahrgäste - sowie dem Ausbau eines umfassenden Radwegenetzes und von barrierefreien Gehwegen. So ermöglichen wir allen eine kostengünstige Mobilität. Dazu zählt auch die Wiedereinführung des BC-Tickets für Pendlerinnen und Pendler, die kein Deutschlandticket brauchen und finanzieren wollen.

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat der Mobilität in unserem Bezirk. Ein verlässlicher Betrieb von Bus und Bahn ist Voraussetzung für viele Menschen in unserem Bezirk, mobil zu sein. Darüber hinaus müssen auch das Angebot erweitert und die technische Infrastruktur ausgebaut werden.

Ausbau des S-Bahn- und Regionalverkehrs

Die Linke setzt sich dafür ein, die Taktung der S-Bahn, insbesondere auf der Linie S5, zu verdichten und die Bahnhöfe Ahrensfelde, Mehrower Allee, Poelchaustraße und Raoul-Wallenberg-Straße endlich barrierefrei auszubauen. Darüber hinaus soll der S-Bahnhof Ahrensfelde zusätzlich in das Bahnmodernisierungsprogramm von Deutscher Bahn und Land Berlin aufgenommen werden. Die S-Bahnhöfe Marzahn und Kaulsdorf sollen neue Zugänge erhalten.

Die Modernisierung des Bahnhofs Springpfuhl muss vorgezogen werden; bis dahin ist zumindest ein temporärer Wetterschutz auf dem Bahnhof sicherzustellen. Zudem setzt sich Die Linke für eine Verlängerung der S-Bahn über Ahrensfelde hinaus bis nach Werneuchen ein. Wir regen an, den zu DDR-Zeiten geplanten und bereits im Bau befindlichen S-Bahnhof "Bürknersfelde" fertig zu stellen, um das geplante Neubau-Gebiet auf dem Gelände der Knorr-Bremse verkehrlich besser anzubinden.

Wir tragen den Systementscheid des Senats zugunsten der Schienen-TVO als S-Bahn-Variante mit, damit keine weiteren Verzögerungen entstehen. Mit der S-Bahn von Springpfuhl bis zum Grünauer Kreuz wird eine bessere Vernetzung der östlichen Bezirke untereinander mit besserer Verbindung zum BER erreicht. Die Nahverkehrstangente wird zahlreiche Umsteigebeziehungen zu bestehenden S-Bahnlinien bieten. Dadurch entstehen vielfältige, neue und schnelle ÖV-Verbindungen für die östlichen Bezirke. Um die Schienen-TVO schneller planen und bauen zu können, sollte sie in das gemeinsame Schienenausbau-programm von Berlin und Brandenburg mit der Deutschen Bahn „i2030“ aufgenommen werden.

Bei der Regionalbahn setzen wir uns für den zweigleisigen Ausbau der Strecke nach Wriezen/Werneuchen ein, damit der Regionalbahnverkehr öfter als im 30-Minuten-Takt fahren kann. Wir begleiten die Prüfungen des Senats, den Bahnhof Marzahn zu einem Kreuzungsbahnhof für die Verdichtung der RB 25 umzusetzen. Wir setzen uns für den zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Ostbahn ein.

Maßnahmen auf der U5

Mit der Zulieferung neuer U-Bahn-Wagen und der Teilautomatisierung der U5 muss der Takt auf der U5 weiter verdichtet werden. Die Attraktivität und der Zugang zur U5 müssen durch vollständige Barrierefreiheit verbessert werden. Dazu fehlt insbesondere ein Blindenleitsystem. Die Rampen in verschiedenen Bahnhöfen sind für viele Menschen mit Behinderung wegen der 10-Prozent-Neigung ungeeignet.

Die Nachrüstung von Fahrstühlen sollte von der BVG prioritär verfolgt werden. Um die Sicherheit an den Bahnhöfen zu erhöhen, schlagen wir vor, dass die BVG die Bahnhöfe Hellersdorf und Kaulsdorf-Nord als Schwerpunktbahnhöfe in ihre Sicherheitskonzepte aufnimmt. Um die Aufenthaltsqualität zu verbessern, befürworten wir die Aufwertung von Bahnhöfen, zum Beispiel am Cottbuser Platz. Dort könnten Räume der BVG als Kiosk ausgebaut werden.

Straßenbahn und Bus

Die Linke setzt sich für Taktverdichtungen auf den Straßenbahnlinien M6, 18, 62 und 63 ein. Zudem unterstützen wir die Verlängerung der Tramlinie 63 in Richtung Mahlsdorf sowie die Umsetzung einer Verkehrslösung für den Ortskern Mahlsdorf, damit die Straßenbahn dort stabil im 10-Minuten-Takt fahren kann und perspektivisch der Lückenschluss zwischen Mahlsdorf und Hellersdorf möglich wird. Der zweigleisige Ausbau in Mahlsdorf wird einen 10-Minuten-Takt der Linie 62 ermöglichen.

Begleitend dazu ist die Verlegung der Straßenbahndstelle direkt an den S- und Regionalbahnhof Mahlsdorf zur Verbesserung der Umsteigebeziehung zwischen Straßenbahn, S-Bahn und Eisenbahnregionalverkehr vorgesehen.

Wir befürworten und unterstützen die Priorisierung des Straßenbahn-Neubaus zwischen der Wuhletalstraße und Falkenberg.

Wir streben die weitere Verdichtung der Takte auf den Buslinien 195, 197, X54 und X69 ein. Darüber hinaus unterstützen wir die Verlängerung der Buslinie 194 bis zum S-Bahnhof Marzahn. Notwendig sind Verbesserungen bei der Linienführung der Buslinie 399. Um die Situation für Pendler*innen an den Bahnhöfen Ahrensfelde und Hönow zu verbessern, sollen außerdem die Taktangebote der dort verkehrenden Buslinien angepasst und die Expressbuslinie zwischen Altlandsberg und dem U-Bahnhof Hönow bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf verlängert werden.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass der Bus X69 in einem 10-Minuten-Takt verkehrt, da er die einzige Direktverbindung vom Elsterwerdaer Platz über den Blumberger Damm zum Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) sowie umgekehrt aus Marzahn-Nord zu diesem ist. Wichtig wäre künftig auch ein zusätzlicher Halt auf der Höhe der "ARONA-Klinik". Wir unterstützen ebenso das Anliegen, eine Bushaltestelle auf der Höhe der Augenklinik Marzahn einzurichten.

Die geplanten Neubauten am S-Bahnhof Marzahn und an der Knorr-Bremse müssen Anpassungen bei der Angebotsplanung (Linienführung, Takte) zur Folge haben. In Ergänzung zum Schnellbahnverkehr, sollten der CleanTech Park Marzahn und das Gebiet an der Knorr-Bremse durch die Verlängerung der Linie 294 zum S-Bahnhof Marzahn besser angebunden werden.

Radverkehr entwickeln

Radverkehr ist kostengünstig und kann von Menschen aller Altersgruppen genutzt werden. Beim Radverkehr hat Marzahn-Hellersdorf hohen Nachholbedarf. Die Linke setzt sich dafür ein, dass im Bezirk eine intelligente Netzplanung im Rahmen des Berliner Radverkehrsplans mit Priorität verfolgt wird. An geeigneten Straßen bzw. Straßenabschnitten sollen Fahrradstraßen eingerichtet werden, um für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Planungen für die Radschnellverbindung 9 (Ost-Route) nahe der Landsberger Allee fortgeführt und realisiert werden, damit eine direkte Verbindung zur Stadtgrenze ohne Umwege durch das Siedlungsgebiet entstehen kann.

Wir unterstützen die Pläne für eine Radbahn entlang der U5. Diese sollte durch das Land Berlin und die infraVelo GmbH umgesetzt werden.

Auf der Allee der Kosmonauten muss es gelingen, die Teilstücke vom S-Bahnhof Springpfuhl bis über die Landsberger Allee hinaus auf der Raoul-Wallenberg-Straße als Anschluss an den bereits vorhandenen Radweg TR 7 zügig zuzubauen. So kann ein Zentralradweg für Marzahn von der südlichen Spitze der Marzahner Großsiedlung bis nach Marzahn-Nord entstehen.

Die Linke tritt dafür ein, die Märkische Allee als eine der ersten Magistralen fahrradfreundlich umzugestalten, indem aus Parkspuren für LKW sichere, vom Autoverkehr getrennte Radwege entstehen.

Fahrradabstellanlagen sollten weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut werden, und zwar an Haltestellen und Bahnhöfen sowie in der Nähe sozialer Einrichtungen. Vorrangig berücksichtigt werden sollten dabei zunächst der Bahnhof Wuhletal, der Elsterwerdaer Platz und der S-Bahnhof Mahlsdorf, wo moderne Fahrradparkhäuser Platz fänden.

Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen

Fußgänger*innen müssen sich barrierefrei und sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Gehwege in den Siedlungsgebieten fehlen an vielen Stellen. Die Gehwege in den Neubaugebieten sind inzwischen 30 bis 40 Jahre alt und in Größenordnungen reparaturbedürftig. Die Linke fordert eine Kartierung des Ausbauszustandes der Geh- und Radwege und die Einrichtung von besonderen Sanierungsgebieten zur Förderung der Barrierefreiheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung von Gehwegen und die Herstellung von Barrierefreiheit in den ältesten Teilen der Großsiedlungen von Marzahn und Hellersdorf vorrangig realisiert werden, auch unter Nutzung von Pilot- und Modellprojekten des Senats. Das vom Bezirk geplante Modellprojekt für die ausschließliche Errichtung von neuen Gehwegen in Biesenhorst muss auf das gesamte Siedlungsgebiet ausgeweitet werden. Prioritär sollten dort neue Gehwege zu den Haltestellen des ÖPNV realisiert werden.

Wir fordern die Schaffung von mehr Querungshilfen wie Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) und Mittelinseln. Gehwegvorstreckungen sind gezielt auszubauen, insbesondere in der Nähe von Kitas und Schulen sowie sozialen Einrichtungen.

Nachhaltiger Straßen- und Brückenbau für einen Verkehr mit Zukunft

Die Linke setzt sich für den Straßenbau im Bahnhofsbereich Mahlsdorf sowie entlang des neuen Hultschiner Damms und der Straße an der Schule ein und fordert in diesem Zusammenhang die Schaffung sicherer Rad- und Fußwege. Zudem soll die im Planfeststellungsverfahren befindliche Straßen-TVO mit einem begleitenden Radweg umgesetzt werden. Der Neubau der Landsberger Allee zwischen Allee der Kosmonauten und Kiebitzgrund muss mit lärminderndem Asphalt geplant und realisiert werden. Wir setzen uns für die straßenbündige Anbindung der Schwarzwurzelstraße an die Lichtenberger Hansastrasse mit einem begleitenden Geh- und Radweg sowie der Verlängerung der Straßenbahn ein.

Die Linke unterstützt das Vorhaben, das Nadelöhr an der Landsberger Chaussee durch den Ausbau der L33 zwischen Hönow und dem Kaufpark Eiche zu beseitigen und die Straße hierfür auf zwei Spuren je Fahrtrichtung zu erweitern. Die Eingriffe in die Hönowe Weiherkette müssen dabei so gering wie möglich gehalten werden.

Zugleich unterstützen wir die Forderung der Bürgerinitiativen aus Marzahn Nord-West nach einem sofortigen Abbruch des laufenden Planfeststellungsverfahrens zur Ortsumfahrung Ahrensfelde und einem Neustart des Raumordnungsverfahrens mit erweitertem Untersuchungsraum unter Einbeziehung des Ortsteils Falkenberg. Verbindlich in die Entscheidungsfindung einbezogen werden soll ein Planungsbeirat unter Beteiligung der Bewohner*innen von Marzahn und Ahrensfelde. Der Bedarf für die B 158 sollte im Bundesverkehrswegeplan zurückgestuft werden. Wir fordern statt einer Ortsdurchfahrung eine echte Ortsumfahrung für Ahrensfelde.

Brückenchaos verhindern!

49 Brücken des Landes Berlin müssen bis 2040 in Marzahn-Hellersdorf abgerissen und neu gebaut werden. Wir erwarten vom Senat und vom Bezirksamt, dass die Ersatzneubauten in den nächsten Jahren so eingetaktet werden, dass der Verkehr im Bezirk noch aufrechterhalten werden kann.

Die abgerissene Entenbrücke am Stadion Wuhletal muss für die Fußgängerinnen und Fußgänger im Wuhletal beschleunigt errichtet werden.

Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung

Die Linke setzt sich dafür ein, dass die unfallträchtigsten Kreuzungen im Bezirk endlich verkehrssicher gemacht werden. Dazu zählen die Zossener Straße/Alte Hellersdorfer Straße, Hultschiner Damm/Bergedorfer Straße, Alt-Biesdorf/Köpenicker Str./Blumberger Damm sowie die Kreuzungen der Landsberger Allee an der Rhinstraße und am Blumberger Damm.

Ausdrücklich unterstützen wir Initiativen von Schulen und Eltern für mehr Schulwegsicherheit. Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung des Tempo 30-nachts-Konzepts für unseren Bezirk ein. Prioritär sehen wir Tempo 30-Lückenschlüsse und die Anordnung von Tempo 30 vor Kitas, Schulen, Spielplätzen und sozialen Einrichtungen, wo dieses noch nicht erfolgt ist.

Sharing-Mobilität und Zukunft des Parkens

Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle Formen der Sharing-Mobilität – Carsharing, Bikesharing, E-Scooter – auch in Marzahn-Hellersdorf ermöglicht werden, um die „letzte Meile“ vom Bahnhof oder der Haltestelle nach Hause bewältigen zu können. Wir unterstützen den Ausbau weiterer Jelbi-Stationen und die Integration von Sharing-Angeboten in den ÖPNV.

Damit Fahrzeuge nicht hindernd abgestellt werden, sollten feste Abstell-Stationen eingerichtet werden. Die Anbieter müssen verpflichtet werden, das Abstellen von Fahrzeugen ausschließlich auf den dafür vorgesehenen Flächen zu erlauben und außerhalb abgestellte Fahrzeuge schnellstmöglich zu entfernen. Die Anbieter müssen regelmäßig für Beschwerden erreichbar sein und diese in angemessener Zeit bearbeiten.

Beim Ausbau von Park-and-Ride-Plätzen setzen wir auf den Ausbau vorhandener Standorte. Pläne zur zusätzlichen Versiegelung von Flächen wie an der Altentrepptower Straße lehnen wir ab, stattdessen sollte die P+R-Fläche am Bahnhof Wuhletal mit einem modernen Parkhaus bebaut und Flächen so effizienter genutzt werden. Die Linke setzt sich dafür ein,

dass es der Bezirk gemeinsam mit privaten Eigentümern von Parkplätzen ermöglicht, auf Super- und Möbelmärkten außerhalb der Betriebszeiten gegen eine Gebühr Autos parken zu können, um die angespannte Parkplatzsituation in vielen Kiezen zu entlasten.

Mit der Seilbahn hoch hinaus

Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Seilbahn am Kienberg tariflich in den VBB integriert wird und künftig auch als öffentliches Verkehrsmittel genutzt werden kann.

Integration und Migration

Als Linke verteidigen wir die offene und vielfältige Gesellschaft sowie das Recht auf Flucht und Migration. Unser Leitbild ist das selbstbestimmte Leben von allen Menschen, auch Geflüchteten. Wir setzen uns dafür ein, dass sie Zugang zu Arbeit und Ausbildung erhalten und den Einstieg in den Beruf schaffen. Wir üben scharfe Kritik an den geplanten Kürzungen und Zugangsbeschränkungen bei Sprach- und Integrationskursen durch den Bund. Sie sind integrationspolitisch kurzsichtig. Die kostenlosen Sprachkursangebote, insbesondere die berufsspezifischen, müssen ausgeweitet und qualitativ weiterentwickelt werden. Die Arbeit der Integrationslots*innen, die beim Zugang zu Ressourcen unterstützen, muss abgesichert werden. Wir unterstützen die wichtige Arbeit aller Ehrenamtlichen und der Nachbarschaftsprojekte rund um Unterkünfte.

Wir brauchen gut ausgestattete Anlaufstellen für Asyl- und Aufenthalts- sowie Einbürgerungsrechtsberatung und ausreichend Angebote für psychosoziale Beratung. Insbesondere die Arbeit der Psychosozialen Zentren, die überlebenswichtige Therapieangebote für Geflüchtete anbieten, sollten perspektivisch regelfinanziert werden.

Es ist notwendig, den Zugang zu Sprachkursen, sozialer Unterstützung und Arbeitsmarktintegration für Migrant*innen weiter zu verbessern. Dabei muss das Land Berlin auch den Ausbau und die Förderung von Organisationen von Migrantinnen und Migranten im Bezirk unterstützen.

Soziale Infrastruktur, Nachbarschaftsarbeit und Beratungsstellen wie die Migrationssozialberatung und Rechtsberatung für Geflüchtete sollen langfristig finanziert und gestärkt werden. Der Zugriff auf ehrenamtliche Sprachmittler*innen soll durch eine bezirkliche Schnittstelle ausgebaut werden. Die Verlagerung der Integrationsfonds auf Senatsebene hat sich als zu bürokratisch erwiesen. Die Linke fordert deshalb die Rückübertragung des Integrationsfonds an die Bezirke, da diese die lokale Trägerlandschaft besser kennen. Unnötige Neuausschreibungen sind zu vermeiden, da dadurch immer wieder die wertvolle Beziehungs- und Vertrauensarbeit zerstört wird.

Integration von Geflüchteten

Wir wollen eine Flüchtlingspolitik, die von Anfang an auf gesellschaftliche Teilhabe und Bleibeperspektive setzt und so Ausgrenzung und Stigmatisierung entgegenwirkt. Dazu gehört, dass Geflüchtete nicht in inhumanen isolierten Massenunterkünften leben und Kinder in isolierten Containerschulen statt an Regelschulen unterrichtet werden. Wohnen ist ein Grundrecht. Geflüchtete müssen Zugang zu Wohnungen haben und übergangsweise zu dezentralen, menschenrechtlichen Standards währenden Unterkünften.

Gemeinschaftsunterkünfte sind so zu planen, dass fehlende Infrastruktur für den Bezirk und Kiez, wie beispielsweise Schulen, Kitas, Stadtteilzentren und Treffpunkte, Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr ausgebaut werden. Wir müssen gerade die Stadtteile und Kieze stärken, die in der Vergangenheit den Hauptteil der Unterbringung von Geflüchteten geleistet

haben. Die neu eingeführte Berliner Gemeinschaftspauschale muss als Finanzinstrument spürbar Mittel für die Stärkung von Nachbarschaften, der sozialen Infrastruktur, des sozialen Zusammenhalts bei der Integration vor Ort in Marzahn, Hellersdorf und Biesdorf bereitstellen.

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen für alle. Die Linke ist solidarisch mit Menschen, die zu uns geflüchtet sind oder als Menschen mit Migrationshintergrund mit uns zusammenleben. Dabei setzen wir uns für eine Durchmischung der Kieze ein, um das Zusammenleben zu befördern und die soziale Infrastruktur in den Kiezen zu entlasten.

Interkulturelle Vielfalt fördern

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Wohnort, gesundheitlichen Behinderungen oder sozialem Status ist zentral. Barrieren abbauen heißt auch Vielfalt fördern. Die Linke setzt sich dafür ein, interkulturelle Projekte, Nachbarschaftsprogramme und kulturelle Bildung ausbauen. Auch Veranstaltungen wie die „Interkulturelle Woche“ und „Schöner leben ohne Nazis“ leisten dabei einen wichtigen Beitrag für Vielfalt und Toleranz.

Gleichberechtigter Zugang zu Bildung

Sprache und Bildung sind Schlüssel zur Integration. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung und Schule muss auch für geflüchtete Kinder sichergestellt werden. Dazu muss die Beschulung an regulären Schulen gesichert werden, damit Kindern Teilhabe und ein Ankommen in Berlin ermöglicht wird.

Die Linke fordert mehr kostenfreie Sprach- und Integrationskurse für Zugewanderte. Die Verfahren zur Anerkennung mitgebrachter Schul-, Berufs und Studienabschlüsse müssen entbürokratisiert und die erforderlichen Gebühren gesenkt werden. Modulare Bildungsangebote an Volkshochschulen und in berufsbildenden Betrieben sowie in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sollen ausgebaut werden. Bildungseinrichtungen wie Kita, Schule und Ausbildungsstelle sollen interkulturell geöffnet und diverser werden.

An Schulen braucht es interdisziplinäres Fachpersonal, darunter Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen, Lerntherapeut*innen und Psycholog*innen. Für das Fachpersonal in allen Bildungseinrichtungen fordern wir Weiterbildungen im interkulturellen Kontext. Wenn eine stärkere Zuwanderung es erforderlich macht, sollen auch neue Klassen gebildet werden. Dabei sollten jedoch keine reinen "Flüchtlingskinderklassen" gebildet werden, denn die kulturelle Durchmischung der Klassen ist eine Chance für ein wertschätzendes Miteinander.

Öffnung des Bezirksamtes für interkulturelle Vielfalt

Die Linke unterstützt eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Das Bezirksamt soll Informationen sowohl in analoger als auch in digitaler Form, mehrsprachig und barrierefrei anbieten. Die AG Mehrsprachigkeit im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf sollte wiederbelebt werden unter Beteiligung der Integrationsbeauftragten, der Alice-Salomon-Hochschule, der Integrationslotsen, aller Ämter des Bezirkes, der Fachreferenten und der Organisationen der migrantischen Selbstverwaltung. Weiterhin regen wir einen jährlichen Fachtag für Zugewanderte im Öffentlichen Dienst an. Dies würde auch gegen den Fachkräftemangel in den Bezirksämtern helfen. Die Stelle der bezirklichen Integrationsbeauftragten soll gestärkt und das Partizipationsbüro weiter unterstützt werden.

Inklusion leben und UN-Behindertenrechtskonvention einhalten

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt leben können, auf dem Arbeitsmarkt, in Schule, Sport, Gesundheit, Mobilität und allen weiteren Lebensbereichen. Grundlage unseres Handelns ist die UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Linke setzt sich für einen umfassenden Ausbau der Barrierefreiheit im Bezirk ein. Dazu gehören inklusive Spielplätze genauso wie verpflichtend barrierefrei gestaltete Gehwege und Verkehrsmittel, barrierefreie und behindertengerechte Zugänge zu allen öffentlich genutzten Gebäuden sowie verständliche Wegeleitsysteme und Kennzeichnungen. Ergänzend soll ein digitales Barrierefreiheitskataster für den Bezirk eingeführt werden. Öffentliche Dienstgebäude, Behinderten-WCs sowie Bahnhöfe und Haltestellen von S-Bahn, Straßenbahn und Bussen sollen ebenso wie wichtige Orientierungssysteme im öffentlichen Raum zusätzlich mit Brailleschrift und geeigneten Leitsystemen für sehbehinderte Menschen ausgestattet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Leitbild einer inklusiven Verwaltung umgesetzt wird. Wir wollen alle Menschen erreichen und mit einbeziehen. Daher muss die behördliche Kommunikation grundsätzlich auch in einfacher Sprache erfolgen. Dazu gehören Briefe von Behörden wie auch die Inklusion von Gehörlosen. Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung sollen barrierefreie Informationen bereitstellen. Beschlüsse und Informationen des Bezirksamtes sollen in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine inklusive Bildung mit multiprofessionellen Teams an Schulen ein, um Kinder mit Behinderungen besser zu unterstützen und zugleich Angebote für hochbegabte Kinder sowie für Kinder mit besonderem Förderbedarf auszubauen. Gelebte Inklusion und Interkulturalität sollten insbesondere bei Übergängen von der Kita in die Schule sowie später von der Schule in Ausbildung und Beruf gestärkt werden, unter anderem durch interdisziplinäre Teams aus Pädagoginnen, Sozialarbeiterinnen, Lerntherapeutinnen und Psychologinnen. Zusätzlich sollen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und Horterzieher*innen zur Elternarbeit im interkulturellen Kontext ausgebaut und der Zugang zu ehrenamtlichen Sprachmittler*innen über eine bezirkliche Koordinierungsstelle verbessert werden.

Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken, indem Projekte gefördert werden, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, etwa durch Assistenzdienste und barrierefreie Freizeitangebote. In Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen faire Bezahlung mindestens auf Mindestlohniveau, gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung zum Standard werden, um die dort geleistete Arbeit angemessen anzuerkennen.

Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Gesundheit und Pflege nicht der Profitlogik geopfert werden. Deshalb kämpfen wir für ein sozial gerechtes und solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem. Wir fordern die Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, den Ausbau von Gesundheitsdiensten in Randgebieten und die Förderung mobiler Gesundheitsdienste (mobile Arztpraxen), um Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen.

Hausbesuche sollten mit finanziellen Anreizen für Ärzte gefördert werden, um älteren Patient*innen Hausbesuche anzubieten und so die Barrieren für den Zugang zur medizinischen Versorgung abzubauen.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass neben modernen digitalen Terminvergabeverfahren in Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen auch weiterhin telefonische und persönliche Terminvergaben möglich sind, um den barrierefreien Zugang für Senior*innen sowie für Menschen mit Behinderungen zu sichern.

Ambulante Versorgung

In Marzahn-Hellersdorf herrscht ein zunehmender Mangel an nahezu allen Gesundheitsberufen. Monatelange Wartezeiten, kurz gehaltene Termine und fehlende Kontinuität oder Hausbesuche mindern die Versorgungsqualität.

Marzahn-Hellersdorf braucht mehr Haus- und Fachärzte. Dafür müssen ausreichend barrierefreie und bezahlbare Praxisräume bereitgestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass kein großes Wohnungsbauprojekt mehr genehmigt wird, das keine zusätzlichen Praxisräume bereitstellt. Damit weitere notwendige Räume zur Verfügung stehen, sollte die Nutzung und Umwidmung leerstehender Gewerbeflächen geprüft werden. Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollten verpflichtet werden, Einrichtungen der Gesundheitsversorgung bei jeder Planung mitzudenken.

Die Praxisbörse für Mediziner soll künftig transparent darstellen, welche konkreten Ergebnisse bei der erfolgreichen Vermittlung zwischen Ärzt*innen mit Praxisbedarf und verfügbaren Mietangeboten erzielt wurden. Zur Bekämpfung der Unterversorgung mit Haus- und Fachärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen müssen der Bezirk, Krankenhausträger und Kassenärztliche Vereinigung an einen Tisch, um die Einrichtung von kommunalen und gemeinnützigen MVZ der Grundversorgung zu beschleunigen. Wir setzen uns für eine gemeinsame Anschubfinanzierung durch das Land und die Kassenärztliche Vereinigung ein.

Gesundheitsstandort Marzahn-Hellersdorf weiterentwickeln

Die Linke steht für die weitere Ausgestaltung des Gesundheitsstandortes Marzahn-Hellersdorf, für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Mitgliedschaft im Gesunde-Städte-Netzwerk sowie für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in enger Kooperation mit niedergelassenen Ärzt*innen, Kliniken und weiteren Gesundheitseinrichtungen.

Wir wollen einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) als dritte Säule der gesundheitlichen Versorgung. Gesundheitsämter sollten mehr Möglichkeiten zur Diagnostik und Therapie bekommen, wo die etablierten Strukturen nicht ausreichen oder versagen. Wir wollen eine Offensive für den ÖGD, die alle gesetzlichen Aufgaben mit Stellen und Infrastruktur absichert, sowie offene Stellen besetzt. In diesem Sinne fordern wir die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung und weiterer Beratungsangebote sowie die weitere Ansiedlung von Haus- und Fachärzt*innen und die Einrichtung von „digitalen Sprechstunden“.

Das Gesundheitsamt muss personell gestärkt werden. Die Linke setzt sich für die Stärkung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung sowie für die Fortführung des Projekts der „Babylotsen“ ein und unterstützt zugleich den Erhalt und den Ausbau der Mobilitätsdienste. Das das Netzwerk „Rund um die Geburt“ und der Interessenverbund „Gesundheit im Alter“ sollen weiterentwickelt werden.

Wir treten für eine Stärkung der Apotheken und eine verbesserte Arzneimittelversorgung ein, da öffentliche Apotheken ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitssystems sind. Wir unterstützen den Erhalt des Stroke-Einsatz-Mobiles (STEMOS) am Unfallkrankenhaus Berlin zur strukturierten Versorgung von Schlaganfallpatient*innen sowie den vollständigen Erhalt des Krankenhauses Kaulsdorf. Zudem setzen wir uns dafür ein, das seit Jahren leerstehende ehemalige „Haus der Gesundheit“ am Kienberg mithilfe des Sondervermögens

des Bundes zu sanieren und als Gesundheitsstandort für die Bevölkerung wieder nutzbar zu machen.

Das Vita-Haus an der Havemannstraße in Marzahn-Nord sollte in öffentlicher und gemeinnütziger Trägerschaft zu einem medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) weiterentwickelt werden.

Wir fördern auch neue Ansätze. So setzen wir uns dafür ein, dass leerstehende Shopping-Center wie das Marktplatzcenter in der Hellen Mitte zu Sorgezentren weiterentwickelt werden. Die Linke setzt sich dafür ein, gemeinnützige multiprofessionelle Gesundheitszentren zu fördern, in denen nicht nur Hausärzt*innen, sondern je nach Bedarf auch weitere Professionen wie Gemeindepflege (Community Health Nurse), Psychotherapie, Sozial- und Suchtberatung sowie Fachärzt*innen verschiedener Richtungen unter einem Dach zu finden sind.

Pflege bezahlbar machen - Angehörige entlasten

Die stetig steigenden Eigenanteile in der stationären Pflege belasten Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen zunehmend. Auch im ambulanten Bereich können mit Pflegegeld und Sachleistungsbudgets immer weniger Leistungen eingekauft werden. Das führt zu einer Überforderung der pflegenden Angehörigen und zu einer Unterversorgung der Pflegebedürftigen. Entlastende Angebote wie Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sind vielerorts Mangelware. Es braucht daher eine grundlegende Wende in der Pflegepolitik.

Wir setzen uns für die Einführung eines Pflegewohngelds ein, das die Heimbewohner*innen unmittelbar entlastet. Zudem streben wir an, den Anteil öffentlich getragener Pflegeeinrichtungen deutlich zu erhöhen. Langfristig setzen wir uns auf Bundesebene für eine solidarische Pflegevollversicherung ein, die Pflegebedürftige und ihre Angehörige entlastet.

Als unabhängige Beratungs- und Vermittlungsstellen übernehmen die Pflegestützpunkte eine zentrale Lotsenfunktion im komplexen System der Pflege-, Sozial- und Gesundheitsdienste. Die Pflegestützpunkte sollten daher weiter gestärkt und ein Pflegenottelefon nach Hamburger Vorbild etabliert werden, das insbesondere nachts und am Wochenende, wenn etablierte Strukturen nicht erreichbar sind, Beratungs- und Vermittlungsleistungen übernimmt. Zur besseren Unterstützung pflegender Angehöriger sind die Kurzzeitpflege auszubauen und Versorgungslücken in der Tagespflege zu schließen.

Wir unterstützen die Pläne, auf dem Gelände des ehemaligen Wernerbads eine stationäre Pflegeeinrichtung zu errichten. Hierbei sollte sichergestellt werden, den Park um den Wernersee als öffentliche Grünanlage für alle zugänglich zu machen. Die Pläne für ein Oberstufenzentrum Pflege- und Sozialberufe in Biesdorf unterstützen wir ebenfalls. Wir setzen uns für die dringliche Erstellung eines Bedarfsprogramms ein, damit die Planungen vorangebracht werden können.

Selbstbestimmt im Alter

Marzahn-Hellersdorf muss auch weiterhin ein Zuhause für die Bewohner*innen sein, die älter als 60 Jahre sind. Wohnungen fehlen für alle, für die Älteren sollten sie jedoch vor allem barrierefrei und gleichzeitig bezahlbar sein.

Immer mehr ältere Menschen sind durch hohe Miet- und Heizkosten alternativlos von Wohnungsverlust bedroht. Eine angemessene medizinische Versorgung ist nur noch eingeschränkt gegeben, die Wege zum Arzt oder zur Ärztin werden teurer und länger. Im öffentlichen Raum fehlen Bänke, fußläufig erreichbare Lebensmittelmärkte schließen. S-Bahn, Busse und Bahnen fallen aus oder stehen im Stau. Pflegeleistungen sind Mangelware.

Immer mehr ältere Menschen verarmen, werden so vom sozialen Leben abgeschnitten und vereinsamen.

Altersarmut wirksam bekämpfen

Niedrige Löhne und Brüche im Arbeitsleben bei gleichzeitig explodierenden Mieten und anhaltend hoher Inflation führen dazu, dass viele lebensältere Berlinerinnen und Bewohner, insbesondere Frauen, von Armut betroffen sind – und es werden immer mehr. Die geplanten Einschnitte bei der Grundsicherung werden diese Entwicklung noch verstärken. Auf Bundesebene kämpft Die Linke deshalb auch weiterhin für die Anhebung des Rentenniveaus zur Lebensstandardsicherung, für Mindestrenten, die vor Armut schützen und für einen Mindestlohn, der existenzsichernde Rentenansprüche sichert.

Auf Landes- und Bezirksebene wollen wir eigenständige Maßnahmen unterstützen, um die Auswirkungen von Altersarmut zu mindern und eine gute Lebensqualität zu sichern. Aus Scham, Unwissenheit und wegen bürokratischer Hürden nehmen viel zu viele Menschen Grundsicherungsleistungen wie bspw. Grundsicherung im Alter oder Wohngeld nicht in Anspruch, obwohl sie ihnen eigentlich zustehen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese sogenannte verdeckte Armut aufgedeckt wird und Menschen über ihre Ansprüche aufgeklärt werden, damit sie sie wahrnehmen können. Dazu gehört für uns, eine flächendeckende, verbindlich geregelte soziale Infrastruktur aus Stadtteilzentren, Beratungsstellen, Kiezklubs, Seniorentreffs, Mobilitätsdiensten usw. in allen Bezirken bedarfsgerecht auszubauen, auch in neuen Wohnquartieren. Dafür müssen die notwendigen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

Die Linke setzt sich für eine seniorenfreundliche Infrastruktur ein: barrierefreie öffentliche Räume, inklusive Sitzgelegenheiten und eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sind notwendig, um Senior*innen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir fördern die soziale und digitale Teilhabe von Menschen im Rentenalter, ebenso kostenfreie digitale Schulungen für Senior*innen in den Stadtteilzentren und Seniorenheimen, um digitale Barrieren abzubauen und die Teilhabe am digitalen Leben zu fördern.

Die Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Initiativen sollen verstärkt werden, insbesondere durch eine bessere Vernetzung von Ehrenamtlichen, etwa durch Programme, die Senior*innen als Mentor*innen oder freiwillig Engagierte in soziale Projekte einbinden und ihre Erfahrungen nutzbar machen. Darüber hinaus sollen generationenübergreifende Projekte gestärkt werden, die den Austausch zwischen älteren und jüngeren Menschen fördern, beispielsweise durch gemeinsame Workshops, Veranstaltungen oder Nachhilfeangebote.

Bildung im Alter fördern

Die Volkshochschule des Bezirkes soll altersgerechte Angebote schaffen und ausweisen, sie muss zu einem Lernort werden, der auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet ist. Insbesondere im neu geplanten Bildungshaus im Gut Hellersdorf sollen entsprechend Kurse in digitalen Medien, Kreativtechniken und lebenspraktischen Fähigkeiten angeboten werden. Diese Angebote sollen in den entsprechenden Netzwerken und Publikationen für die Gruppe „60 +“ beworben werden und auch kostengünstig sein. Insbesondere die Expertise der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) in unmittelbarer Nähe ist einzubinden, ein gemeinsames Projekt für Bildung im Alter kann hier wichtige Erfahrungen für die Auszubildenden schaffen.

Gesundheitliche Aufklärung und Prävention

Wir fordern ein Gesundheitsbildungsprogramm für Senior*innen sowie regelmäßige Informationsveranstaltungen zu Themen wie Ernährung, Bewegung und Selbstfürsorge, um die gesundheitliche Selbstständigkeit im Alter zu stärken. Ergänzend soll die Zusammenarbeit mit Sportvereinen ausgebaut werden, um gezielte Bewegungs- und Sportangebote für ältere Menschen zu fördern und damit Fitness, Gesundheit und Lebensqualität nachhaltig zu unterstützen.

Verbesserung der Wohnsituation

Der Anteil von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum muss deutlich steigen, es muss eine Übersicht geben zu Bauprojekten, die seniorengerechte Wohnungen anbieten und die Mobilität der älteren Bevölkerung im Bezirk steigern, hierzu ist die Stadtentwicklung jedes Jahr in der Berichtspflicht gegenüber der Seniorenvertretung.

Viele Mieter*innen wohnen in Wohnungen, die nicht mehr zu ihrer Lebenssituation passen: Familien brauchen mehr Platz, während ältere Menschen oft in zu großen Wohnungen leben. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb wollen wir den Wohnungstausch deutlich erleichtern.

Mieter*innen bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollten ihre bisherige Miethöhe pro Quadratmeter bei einem erfolgreichen Wohnungstausch in ihre neue Wohnung mitnehmen können. Bei einem erfolgreichen Wohnungstausch sollten die Wohnungsunternehmen die angemessenen Umzugskosten übernehmen und durch ein neu geschaffenes Umzugsmanagement unterstützen.

Mit einem Landesprogramm „Mehr-Generationen-Wohnen“ sollten Haushalte unterstützt werden, die freiwillig zusammenziehen. Wer sich entscheidet, eine größere Wohnung zu teilen oder gemeinsam mit jüngeren oder älteren Menschen in eine Bestandswohnung zu ziehen, soll eine Prämie erhalten, die Umzugs-, Renovierungs- und Anfangskosten abdeckt. Begleitend dazu soll eine Wohnraumagentur zu den Möglichkeiten für eine bessere Nutzung des Wohnraums beraten und vermitteln. Sie soll Eigentümer*innen in Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen über Förderungen informieren – etwa für den Ausbau von Einliegerwohnungen, Renovierungen oder über Mietgarantien – und so bisher ungenutzte Wohnpotenziale erschließen.

Die Infrastruktur im Bezirk sollte stärker seniorengerecht gestaltet werden, insbesondere durch den Ausbau barrierefreier Gehwege, abgesenkter Bordsteinkanten, zusätzlicher Sitzgelegenheiten und geeigneter Wohnangebote für ältere Menschen. In den vergangenen Jahren haben in allen Stadtteilen Begehungen und Befahrungen mit Rollstühlen und Rollatoren stattgefunden, doch die daraus abgeleiteten Maßnahmen wurden bislang oft nicht umgesetzt oder nicht nachvollziehbar dokumentiert. Deshalb braucht es einen jährlich fortgeschriebenen Plan, der die vorgesehenen Maßnahmen für das jeweilige Folgejahr verbindlich festlegt und ihre Umsetzung transparent dokumentiert.

Bei Maßnahmen, die Gestaltung und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs betreffen, sind die besonderen Belange von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen verstärkt zu berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, ein „Seniorenshuttle“ für Arztbesuche, Einkäufe und kulturelle Veranstaltungen einzuführen.

Stärkung und Unterstützung der Seniorenvertretung

Das Seniorenmitbestimmungsgesetz des Landes muss endlich novelliert werden. Im Land wie im Bezirk setzen wir uns für eine einheitliche Mittelbereitstellung sowie für eine Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Seniorenvertretung ein. Der Bezirk soll

weiterhin kostenfreie barrierefreie Räume unterstützen oder selbst bereitstellen für Tagungen und Veranstaltungen der Seniorenvertretung.

Umwelt- und Klimaschutz - Bewahrung der Grünen Lunge

Die Linke verbindet Umwelt- und Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit. Umweltgerechtigkeit heißt für uns, dass grüne Freiräume, saubere Luft und wohnortnahe Erholungsmöglichkeiten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind. Besonders in sozial benachteiligten Kiezen unterstützen wir auf Grundlage des Umweltgerechtigkeitsatlas' Maßnahmen zur Lärminderung, Luftreinhaltung, zum Hitzeschutz und zur besseren Versorgung mit Grünflächen und Stadtbäumen. So wird unser Bezirk lebenswert für alle. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Marzahner Promenade und die Hellersdorfer Promenade.

Ausreichend Parks, Friedhöfe, Grünstreifen, Bäume und Kleingärten sind nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Schutz des Artenreichtums von Flora und Fauna unerlässlich. Unser wachsender Bezirk braucht eine ausreichende und wohnortnahe Stadtbegrünung. Wir wollen dafür mehr Naturflächen schaffen und bereits existierende unter Schutz stellen.

Auch im Gebäudebereich hat die öffentliche Hand eine Vorbildwirkung. Durch ein Energiekonzept sind alle öffentlichen Bauten soweit wie möglich auf Niedrigstenergiestandard zu sanieren. Neubauten öffentlicher Gebäude (einschließlich Schulen und Kitas) müssen generell mit Solarenergie sowie Fassaden- und/oder Dachbegrünung ausgestattet sein.

Unser Bezirk gehört zu den Bezirken mit den meisten grünen Flächen und Orten in Berlin. Das soll auch so bleiben. Nicht nur in den Siedlungsgebieten, sondern vor allem auch in den beiden Großsiedlungen verfügt der Bezirk über Stadtparks, Innenhöfe sowie Freiflächen an Kitas und Schulen. Besondere Bedeutung haben der Schlosspark Biesdorf, der Gutspark Mahlsdorf, der Berliner Balkon sowie der Kienberg, die Ahrensfelder Berge und die Biesdorfer Höhe. Das Wuhletal, die Gärten der Welt und die vielen Kleingartenanlagen und Gemeinschaftsgärten sind Teil der Grünen Lunge Berlins. All diese Orte sind als Erholungsgebiete, Naturerlebnisräume, Frischluftschneisen und Biotope zu pflegen und zu erhalten.

Schutz von Flora und Fauna

Wir wollen, dass das Wuhletal als Landschaftsschutzgebiet unter Schutz gestellt wird. Besonders wertvolle Bereiche sollen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Dabei sollen Renaturierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um ausgetrocknete Flächen wieder zu vernässen und den Wuhleteich dauerhaft zu erhalten. Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung erschlossen und schrittweise umgesetzt werden, insbesondere in den Bereichen der Hönower Weiherkette und der Gewässer im Fließsystem der Wuhle.

Im gesamten Bezirk sollen zudem wirksame Vogelschutzmaßnahmen umgesetzt und der Neubau einer Wildvogelstation als Ersatz für das marode Forsthaus realisiert werden. Der Erhalt und die Neupflanzung von Gehölzen als Lebensraum für Singvögel haben dabei Priorität, ebenso wie der Schutz von Niststätten bei Bauvorhaben.

Schutz von Grün und Kleingewässern

Unsere Kleingartenanlagen müssen langfristig mit Bebauungsplänen gesichert und zusätzliche öffentliche Gemeinschaftsgärten für Menschen ohne eigenen Garten geschaffen

werden. Kleingärten und Urban Gardening leisten als Bestandteil des Stadtgrüns einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, zum Naturschutz und zur Erholung der Einwohner*innen. Sie haben auch eine wichtige soziale Bedeutung als generationsübergreifende Begegnungs- und Bildungsorte und tragen zur lokalen und nachhaltigen Lebensmittelproduktion bei. Die Linke setzt sich auf Landesebene für den gesetzlichen Schutz privater Kleingartenflächen ein.

In Marzahn-Hellersdorf sind die Kleingewässer in einem besonders schlechten Zustand. Wir setzen uns für die Sicherung und Pflege der Kleingewässer als Lebensräume für Amphibien und Insekten ein. Wir wollen die Hönower Weiherkette und den Schleipfuhl zu „Blauen Perlen“ machen.

Ergänzend sollen Stadtnatur-Ranger dauerhaft finanziert werden, um Pflege, Schutz und Vermittlung der Stadtnatur zu stärken.

Erhalt der Grünflächen in den Großsiedlungen

Die Wohngebiete in den Großsiedlungen wurden mit vielen Grünflächen und Parks geplant und gebaut. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Frei- und Grünflächen sowie die grünen Innenhöfe im Bezirk erhalten bleiben. Die Umwandlung ausgewiesener Grünflächen in Bauland soll nur dann erfolgen, wenn dies zur Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, beispielsweise für den Bau von Schulen, unbedingt erforderlich ist.

Wir werden Entsiegelungsmaßnahmen konsequent umsetzen. Wenn Fläche in Anspruch genommen werden muss, setzen wir uns verpflichtend für möglichst nahe Ausgleichsflächen ein. Als Linke verfolgen wir das Schwammstadt-Prinzip durch Entsiegelung, Regenwassermanagement und Ausbau und Pflege von Naturflächen. Dabei spielen die Landeseigenen Wohnungsunternehmen und öffentlichen Liegenschaften eine wichtige Rolle.

Parks pflegen und Stadtbäume anpflanzen

Alle Parkanlagen müssen sauber und gepflegt sein, damit sich die Besucher*innen wohlfühlen können. Dafür müssen neben den Nutzer*innen insbesondere das Bezirksamt und die BSR sorgen. Die Linke setzt sich auch weiter für die Sanierung des Springpfuhl-Parks und weiterer Parks ein. In Berlin sollen bis 2040 500.000 neue Bäume gepflanzt werden, anteilig in Marzahn-Hellersdorf also bis zu 40.000. Die dafür notwendigen Standorte müssen zügig bestimmt werden, wobei im Rahmen des Hitzeschutzes insbesondere versiegelte Flächen aufgebrochen werden müssen. Neue Straßenbäume wollen wir vor allem in den Kiezen pflanzen, die als hoch verdichtet und als „Hitzeinseln“ gelten. Zusätzlich fördern wir die Einrichtung von „Tiny Forests“ und starten eine Kampagne für neue Bäume für Kitas, Schulen und soziale Einrichtungen. Abgestorbene Bäume sollen durch hitzeresiliente Arten ersetzt werden. Zusätzlich müssen das Straßenbegleitgrün gepflegt und erweitert sowie weitere Blühstreifen für den Erhalt der Artenvielfalt der Insekten angelegt werden.

Gärten der Welt

Die „Gärten der Welt“ wurden 1987 als „Berliner Gartenschau“ eröffnet. Wir begehen in 2027 das 40. Jubiläum dieses vielfältigen Parks. Um diesen Anlass gebührend zu feiern, schlagen wir vor, allen Berliner*innen und Gästen Berlins im Frühjahr 2027 an einem Tag kostenlosen Eintritt in die „Gärten der Welt“ zu gewähren. Wir werden auch künftig im Rahmen der Möglichkeiten des Bezirksparlamentes die „Gärten der Welt“ als bedeutende Kultur- und Erholungseinrichtung des Bezirkes in ihrer Weiterentwicklung unterstützen.

Sauberes und sicheres Marzahn-Hellersdorf

Zur Vermeidung der illegalen Müllablagerung treten wir für die Ausweitung der Angebote der Müllentsorgung, darunter der Kieztage der BSR für Sperrmüll und Recycling, ein. Wir fördern Aufräumaktionen in den Kiezen, um das öffentliche Bewusstsein für die saubere Stadt zu stärken. Dabei kann Marzahn-Hellersdorf schon heute auf das außerordentliche ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in unserem Bezirk zurückgreifen. Ihren Einsatz wollen wir gebührend ehren und ihnen jede Unterstützung zukommen lassen, die ihr bürgerschaftliches Engagement erfordert. Die Anzahl der öffentlichen Mülleimer wollen wir gemeinsam mit der BSR in Schwerpunktbereichen erhöhen. Pfandboxen sollen an stark frequentierten Orten aufgestellt werden, um eine bessere Sammlung von Pfandflaschen zu gewährleisten. In Parks und Grünflächen soll die Beleuchtung erweitert werden, wenn dies für das Sicherheitsgefühl der Nutzer*innen nötig ist. Das betrifft beispielsweise den Bürgerpark Marzahn.

Zugang zu öffentlichen Toiletten für alle

Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Toiletten in unserem Bezirk kostenlos bereitgestellt werden. Dies gilt auch für Toiletten in öffentlichen Einrichtungen. In Parks und Grünflächen ist zu prüfen, ob autarke Toiletten ohne Wasseranschluss aufgestellt werden können. Auch an der Marzahner Mühle müssen endlich Toiletten installiert werden.

Hitzeschutz

Die Sommerhitze macht auch vor Marzahn-Hellersdorf nicht halt. Ohne ausreichende Grünflächen, Entsiegelung und kurzfristige Abkühlungsmöglichkeiten geraten insbesondere ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich eingeschränkte Personen schnell in Gefahr. Auch deswegen müssen die Brunnen in unserem Bezirk umfassend saniert und neue Planschen und Wasserspielplätze für die Abkühlung im Sommer errichtet werden.

Wir haben wiederholt gefordert, dass Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um die Bevölkerung zu schützen. Dazu zählen die flächendeckende Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser in Bibliotheken, Bürgerämtern und weiteren öffentlichen Einrichtungen sowie die Ausweisung kühler Orte im gesamten Bezirk. Weitere Schritte wie die Fassadenbegrünung aller öffentlichen Gebäude im Bezirk, einschließlich der Schulen, sowie Maßnahmen zum Schutz der Waldflächen sind notwendig. Der beschlossene Hitzeschutzaktionsplan sieht zahlreiche konkrete Schritte vor, die bisher nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden. Dazu gehören auch der Einsatz mobiler Wasserdüsen bei Hitzewellen sowie besondere Schutzangebote für obdachlose Menschen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Hitzeschutzplan und die Empfehlungen des Bürgerrats in Marzahn-Nord zum Hitzeschutz umgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere die Installation öffentlicher Trinkwasserspender, die Entsiegelung von Flächen, die Einrichtung neuer Bänke im Seelgrabenpark, die Anlage von Wildblumenwiesen sowie eine Aufklärungskampagne zum Thema Hitzeschutz. Wir wollen aktiv Vorsorge für Hitzesommer leisten und kühle Räume und Orte schaffen. Dazu treten wir auch in den Dialog mit den Betreibern von Shopping-Centern.

Ernährung und Umgang mit Lebensmitteln

Die Linke unterstützt weiterhin Initiativen, die sich für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Ernährung sowie einen nachhaltigen Konsum einsetzen, beispielsweise durch die Verwendung regionaler und ökologischer Produkte in der Kita- und Schulverpflegung oder durch Projekte zur Rettung von Lebensmitteln.

Ebenso fördern wir Netzwerke, die Verbraucher*innen direkt mit lokalen Erzeuger*innen verbinden, um frische, saisonale und nachhaltig produzierte Lebensmittel mit kurzen Transportwegen anzubieten. Wir unterstützen das Projekt „Essbare Stadt“, bei dem auf öffentlich zugänglichen Flächen Obst und Gemüse kostenlos von allen geerntet werden kann.

Umweltbildung stärken

Der Schutz unseres Klimas und der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt. Wir wollen daher auch die Umweltbildungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen, bspw. in Schulgärten. Dazu gehören auch die Stadtnatur-Ranger und Parkläufer. In Kitas und Schulen sollen verstärkt Inhalte zur Klima- und Umweltbildung vermittelt werden. Die „grünen Lernorte“ wollen wir dabei weiter fördern. Schulhöfe sollen künftig klimaresilient und naturnah unter Beteiligung der Schüler*innen umgestaltet werden.

Tierschutz und Tierrecht stärken

Wir setzen uns konsequent für Tierrechte ein. Wir streben die Erhaltung und Ausweitung von weiteren Freilaufflächen für Hunde an geeigneten Standorten an und stellen Mittel dafür bereit. Gemeinsam mit Vereinen und Hundefreund*innen im Bezirk werden wir dafür Sorge tragen, dass Hundekot-Tütenspender gepflegt, ausgestattet und genutzt werden. Wir setzen uns für ein Taubenmanagement ein, mit dem das Tierwohl mit Aspekten der Stadtsauberkeit verknüpft wird. Dafür werden wir den Pilot-Taubenschlag in Hellersdorf fortführen und weitere Taubenschläge im Bezirk einrichten. Zudem werden wir in Marzahn-Hellersdorf ein Pilotprojekt für ein Rattenmanagement befördern, mit dem die Anforderungen an eine gesunde Stadt, der Wasserschutz und das Tierwohl in Einklang gebracht werden.

Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln

Wirtschaft, Handel und Handwerk gehören zu unserem Bezirk. Sie schaffen Arbeitsplätze, beleben die Zentren der Stadtteile und sind essenziell für eine nachhaltige Entwicklung. Unsere linke Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, ein selbstbestimmtes Leben und hohe Lebensqualität für alle Menschen im Rahmen ökologischer Grenzen zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen den Bezirk zu einem lebendigen, nachhaltigen und sozial gerechten Ort gestalten, an dem Wirtschaft und Umwelt im Einklang stehen und alle Menschen von den Vorteilen profitieren.

Die Verfügbarkeit von bezahlbaren Gewerbeflächen ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), gerade aus dem Handwerk, dem produktionsnahen Dienstleistungsgewerbe oder der sozialen Ökonomie wird es angesichts steigender Gewerbemieten immer schwieriger, ihren Betriebsstandort zu halten. Für viele Betriebe ist es aufgrund des Flächenmangels praktisch unmöglich, sich weiterzuentwickeln oder zu wachsen.

Die Linke setzt sich für bezahlbare Gewerberäume für kleine und mittlere Unternehmen ein und fordert bundesweit einen Mietendeckel für Gewerbeimmobilien, um steigende Kosten zu begrenzen. Auf lokaler Ebene kämpfen wir für den Erhalt zusammenhängender Gewerbebestände durch vorausschauende Bebauungsplanung, die Förderung landeseigener Gewerbehöfe sowie den Ankauf privater Gewerbeimmobilien, um diese in öffentliches Eigentum zu überführen und langfristig stabile Mieten zu sichern. An der Bitterfelder Straße in Marzahn wollen wir mit der landeseigenen WISTA als Standortentwickler auch in unserem Bezirk einen Gewerbehof schaffen. Darüber hinaus unterstützen wir genossenschaftliche Ansätze bei der Schaffung von Gewerbehöfen. Es ist erforderlich, das Zentrenkonzept zu

überarbeiten, um langfristige Planungssicherheit für die Entwicklung unserer Zentren zu schaffen.

Das Beispiel der Entwicklung der Knorr-Bremse in Marzahn und die Aufgabe von Gewerbeflächen zeigt, wie wichtig auch in Marzahn-Hellersdorf eine strategische Flächensteuerung durch die öffentliche Hand ist. Wir wollen, dass das Land Berlin prüft, ob und wie große leerstehende oder von Leerstand bedrohte Gewerbeobjekte und Einkaufszentren in Landesbesitz übernommen werden können, um sie gemeinwohlorientiert zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt des Quartiers zu entwickeln. So sollen Gewerberäume entstehen, die auch für kleinere Einzelhändler attraktiv und bezahlbar sind. Durch die Verbindung mit sozialer Infrastruktur und kulturellen und öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Kitas sollen attraktive und lebendige Kiezzentren entstehen.

Zugleich werden wir den Ausbau schneller, flächendeckender und nachhaltiger digitaler Netze vorantreiben, um digitale Teilhabe zu gewährleisten und die lokale Wirtschaft zu stärken. Bei öffentlichen Aufträgen sollen ökologische und soziale Kriterien verbindlich berücksichtigt werden, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und nachhaltiges Wirtschaften zu unterstützen. Ebenso befürworten wir die regionale Vermarktung von Lebensmitteln und Produkten, um Transportwege zu verkürzen, die Umwelt zu entlasten und die regionale Wirtschaft zu stärken, wobei wiederverwendbare und recyclingfähige Materialien bevorzugt werden sollen. Initiativen für Werkstätten und Reparaturzentren sollen ausgebaut werden, um Ressourcen zu schonen, die Wiederverwendung zu fördern und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zudem setzen wir uns für die Einrichtung von Coworking-Spaces (geteilte Arbeitsplätze) ein, die flexible Arbeitsformen ermöglichen, unnötige Pendelwege reduzieren und lokale Wirtschaftsstrukturen stärken. Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften sollen durch Gemeinwohlbilanzen soziale, ökologische und wirtschaftliche Verantwortung transparent machen und so zu nachhaltigem und rechtem Wirtschaften beitragen. Wichtig ist eine verlässliche und nachhaltige Verkehrsanbindung, insbesondere durch einen starken öffentlichen Nahverkehr, um Gewerbegebiete gut erreichbar zu machen und den Autoverkehr zu reduzieren. Insgesamt verfolgen wir das Ziel, ökologisch verträgliches Wachstum, gute Arbeitsbedingungen und soziale Teilhabe zu fördern und damit regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu stärken.

Der jahrelange Stillstand beim CleanTech Business Park schadet dem Image des Bezirks und muss beendet werden. Deshalb fordern wir die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der zentralen Zielsetzungen für den CleanTech Business Park mit einer klaren langfristigen Perspektive für die Nutzung des Standorts. Neue Impulse setzen und alternative Nutzungsmöglichkeiten prüfen kann beispielsweise ein Runder Tisch mit allen relevanten Akteuren.

Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen soll gezielt gefördert werden, um die Berufsausbildung und das duale System insgesamt aufzuwerten. Gleichzeitig müssen Arbeitsagentur und Jobcenter bei der Bewältigung der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt werden, insbesondere durch passgenaue Unterstützungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf muss verstärkt als Vorbild in der Ausbildung fungieren. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst soll nicht nur eine Chance für den Berufseinstieg bieten, sondern auch zur Nachwuchsförderung in der Verwaltung beitragen. Wir fordern, dass mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden, um jungen Menschen eine stabile Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Kultur ist Lebensmittel

Kultur ist ein grundlegender Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und für viele Menschen unverzichtbar. Deshalb muss Kultur für Menschen aller Altersgruppen zugänglich und erlebbar sein. Kulturschaffende müssen fair und angemessen bezahlt werden, damit kulturelle Arbeit langfristig gesichert und wertgeschätzt wird.

Die Linke setzt sich dafür ein, alle Kulturorte im Bezirk dauerhaft zu erhalten und zu stärken. Dazu gehören das Freizeitforum Marzahn als zentraler Ort für Kultur- und Freizeitangebote, das Kino „Kiste“ in Hellersdorf, das nach einer Zwischennutzung wieder als Kino betrieben werden soll, sowie das Theater am Park (TaP) in Biesdorf, für dessen Sanierung die vom Senat zugesagten Fördermittel endlich beantragt werden müssen. Voraussetzung dafür sind ein tragfähiges Betriebs- und Finanzierungskonzept unter Einbeziehung der vor Ort aktiven Vereine und Nutzer*innen. Ebenso sollen das Kabarett-Theater „Chilischoten“, der Projektraum „Galerie M“, die kleinen Theater- und Puppenbühnen für Kinder sowie die Jugendkunstschule „Lin Jaldati“, die sich zugleich für weitere kulturelle Nutzungen öffnen soll, erhalten bleiben. Wir werden prüfen, ob das Tschechow-Theater in Marzahn-Nord in eine Regelfinanzierung aufgenommen werden kann. Das Ausstellungszentrum „Pyramide“ in Hellersdorf sollte unter Denkmalschutz gestellt werden, da es nicht nur ein lebendiger Kulturort ist, sondern auch eine außergewöhnliche Architektur aufweist.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Schloss Biesdorf als überregional bedeutsame Galerie und Geschichtsort eintrittsfrei erhalten bleibt. Auf der Parkbühne in Biesdorf muss endlich wieder Kino & Kultur stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bezirksmuseum im Museumsgut mehr Mitarbeiter*innen bekommt und die bezirkliche Dauerausstellung der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wird.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass alle verfügbaren Fördermöglichkeiten für Künstler*innen und kulturelle Projekte konsequent ausgeschöpft werden und das Kulturrat personell gestärkt wird. Gleichzeitig müssen Beschäftigte im Kulturbereich fair bezahlt werden, und die Leiter*innen von Kultureinrichtungen sollen auch in Marzahn-Hellersdorf – wie in den anderen Berliner Bezirken üblich – entsprechend der von den Berliner Fachbereichsleiter*innen Kultur entwickelten Beschreibung des Aufgabenkreises eingruppiert werden. Es sollen darüber hinaus geeignete öffentliche Gebäude stärker für kulturelle Nutzungen geöffnet werden. Beispielsweise sollen nach der Sanierung des Alten Rathauses Marzahn das Foyer und der Ratskeller auch für Ausstellungen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die Musikschule „Hans-Werner-Henze“ soll mehr Lehrkräfte fest anstellen können und ihre Angebote an allen drei Standorten ausweiten. Darüber hinaus gilt es, die vielfältige Kunst im öffentlichen Raum dauerhaft zu schützen und zu erhalten.

Bibliotheken

Die Linke setzt sich dafür ein, das Netz der öffentlichen Bibliotheken als sogenannte Dritte Orte weiter auszubauen. Am Elsterwerdaer Platz braucht es eine zusätzliche Bibliothek. Die Siedlungsgebiete sollten durch einen Bücherbus Zugang zu bibliothekarischen Angeboten erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass mindestens eine Bibliothek im Bezirk am Wochenende geöffnet ist.

Es sollte mehr Schulbibliotheken geben, die enger mit den öffentlichen Bibliotheken kooperieren. Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass das Projekt des „Digitalzebra“ (digitale Inklusion und Teilhabe) von der Ehm-Welk-Bibliothek auf weitere Bibliotheken des Bezirks, wie z.B. die Heinrich-von-Kleist-Bibliothek in der Havemannstraße und die Bezirkszentralbibliothek Marzahn-Hellersdorf „Mark Twain“ ausgedehnt wird.

Sportangebote stärken

Sport verbindet und bringt Menschen zusammen. Er soll Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen – unabhängig von ökonomischem Status, Herkunft, Alter und Geschlecht. Kinder und Jugendliche sollen im Schulalltag täglich Bewegung und Sport erleben können. Sportvereine sind Orte gelebter Solidarität. Hier lernen Menschen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen diese soziale Funktion stärken, damit Vereine auch in Zukunft Schutzräume gegen soziale Isolation und Orte der politischen Bildung bleiben.

Sportvereine unterstützen – Sportanlagen ausbauen

Das Ehrenamt ist das Rückgrat des Sports. Um es zu stützen, setzt sich Die Linke dafür ein, die Übungsleiterpauschale spürbar anzuheben und die Digitalisierung voranzutreiben, um das Ehrenamt von Bürokratie zu entlasten. Die Vergabe der Sportstätten soll endlich digital, transparent und gerecht für alle Nutzenden erfolgen, wobei die Vereine durch ein personell gestärktes Bezirkssportamt eng begleitet werden müssen.

Wir wollen Sportvereine finanziell unterstützen und die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen in Rahmen des Ganztagsangebots fördern. Im Sinne der Mehrfachnutzung soll dem Sport der Zugang zu den Schulen weitestgehend ermöglicht werden.

Es ist ein Skandal, dass Sporthallen in Berlin so sanierungsbedürftig sind, dass sie über Jahre nicht einmal mehr für den verpflichtenden Schulsportunterricht genutzt werden können. Der Etat für Sportanlagen an Schulstandorten muss erhöht werden. Wir priorisieren die schnelle Sanierung dieser Hallen, damit Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bewegung und Sport wahrnehmen können.

Wir stehen für einen bedarfsgerechten Bau und Ausbau aller Sportanlagen im Bezirk. Handlungsleitend ist dabei die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung für Marzahn-Hellersdorf. Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen über das Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm des Landes und über den Bezirkshaushalt zu schaffen. Unsere sanierungsbedürftigen bezirklichen Sportstätten sollen auch vom Sondervermögen des Bundes und der „Sportmilliarde“ profitieren. Die Finanzierung der Sporthallen in der Jänschwalder Straße und Lichtenhainer Straße muss prioritär sichergestellt werden. Wir setzen uns außerdem für den Bau eines Funktionsgebäudes im Stadion Wuhletal ein.

Ungenutzte Sport- und Bewegungsorte sollen reaktiviert und in die Eigenverantwortung der Sportvereine übertragen werden. Saisonal genutzte Sportstätten sollen einer ganzjährigen aktiven Nutzung zugeführt werden.

Sport und Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Für jede aufzugebende Sportanlage muss Ersatz, möglichst in räumlicher Nähe, bereitgestellt werden.

Neu zu errichtende Sportanlagen müssen grundsätzlich inklusiven Ansprüchen von Sporttreibenden und Zuschauenden gerecht werden. Wir verfolgen das kurz- und mittelfristige Ziel von mindestens drei vollinkluisiven Sportanlagen in unserem Bezirk, die barrierefrei auffindbar und nutzbar sind. Diese barrierefreien Hallen sollen vorrangig an Vereine mit inklusiven Angeboten und Behindertensportgruppen vergeben werden.

Sport im Kiez

Wir werden Sportangebote ausweiten, um dem gestiegenen Bedarf an frei zugänglicher Bewegung gerecht zu werden. Konkret fordern wir eine Tischtennisplatten-Kampagne und Sanierung und Neubau von Skateparks in öffentlichen Parks. Es soll frei zugängliche Plätze

für Frisbee, Golf und Ninja-Parcours geben. Wir wollen neue beleuchtete Laufwege in Parks ausweisen, um die Sicherheit der Sportler*innen zu gewährleisten. Um die Hürden für Sport und Bewegung weiter zu senken, sollen im öffentlichen Raum sogenannte „Sportboxen“ installiert werden. Dort können Sport- und Spielgeräte (Bälle, Schläger oder Fitness-Equipment) per App kostenlos und unkompliziert ausgeliehen werden. Viele öffentliche Bolz- und Basketballplätze sind marode, Tore fehlen oder Beläge sind kaputt. Diese bestehenden Kiez-Sportflächen müssen saniert und dabei die Kinder und Jugendlichen vor Ort direkt in die Planung einbezogen werden, damit das gebaut wird, was wirklich gebraucht wird.

Auch stark wachsende Sportarten wie Flag Football, Cricket, Darts, Padel-Tennis und Pickleball wollen wir stärker berücksichtigen, um der Vielfalt der sportlichen Interessen gerecht zu werden. Die finanziellen Mittel hierfür müssen erhöht werden. Zur Förderung des Cricket-Sports setzen wir uns für die Idee und Realisierung eines Sportparks in Hönow ein. Zudem fördern wir den Rollsport und die Errichtung neuer Skate-Anlagen unter Einbeziehung der Nutzer*innen.

Das Wuhletal wollen wir zu einem zusammenhängenden grünen Bewegungsraum weiterentwickeln, der sich von Ahrensfelde über Marzahn nach Hellersdorf und Biesdorf zieht und vielfältige Möglichkeiten für Sport, Spiel und Erholung bietet. Entlang des Tals verbinden Wege, offene Grünflächen und bestehende Sportangebote Orte für Joggen, Radfahren, Fitness, Ballsport und informelle Bewegung. So schaffen wir einen durchgehenden Freiraum für aktive Freizeitgestaltung in unserem Bezirk.

Marzahn-Hellersdorf nicht auf dem Trockenen sitzen lassen!

Die Linke setzt sich dafür ein, am Jelena-Šantić-Friedenspark von Beginn an ein Kombibad aus Frei- und Hallenbad zu errichten. Zudem soll das Baden in den Kaulsdorfer Seen und im Biesdorfer Baggersee in Abstimmung mit den Wasserbetrieben rechtlich abgesichert werden. Für diese stark frequentierten Naturbadestellen braucht es die Umsetzung tragfähiger Sauberkeits-, Rettungs- und Umweltkonzepte, die Naturschutz und Badespaß vereinen.

Darüber hinaus müssen die Hallenbäder im Bezirk bedarfsgerechte Öffnungszeiten für Schulschwimmen, Vereinssport und öffentliches Freizeitschwimmen bereitstellen. Unser Ziel ist, dass kein Kind die Grundschule ohne Schwimmbefähigung verlässt. Es sollen ausreichend verfügbare Hallenzeiten sichergestellt werden, damit alle Schüler*innen der dritten Klassen am Schwimmunterricht teilnehmen können. Kinder, die danach noch nicht schwimmen können, sollen zusätzliche Förderangebote erhalten, auch während der Ferien. Wir treten dafür ein, Schulschwimmzentren und kostenlose Nachschulungsangebote in Kooperation mit Vereinen auszuweiten. Um dem Mangel an Wasserflächen kurzfristig zu begegnen, setzen wir auch auf innovative Lösungen wie Schwimmcontainer zur Wassergewöhnung.

E-Sport und Gaming

E-Sport ist Teil der Lebensrealität vieler junger Menschen. Wir erkennen die Leistungen der E-Sportler*innen an und wollen die gemeinnützigen Strukturen in diesem Bereich fördern, um Gaming aus der rein kommerziellen Ecke in das Vereinsleben zu holen. Wir wollen E-Sport als soziales Angebot in der kommunalen Jugend- und Verbandsarbeit verankern. Die Förderung soll an klare gemeinwohlorientierte Kriterien gebunden werden, um Medienkompetenz sowie den Jugendschutz zu stärken. Darin wird Jugendlichen niedrigschwellig und barrierearm ein Raum für sozialen Austausch gegeben.